

Hamburg, den 14. November 1908

21. Jahrgang

Der Grundstein

Öffizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beitragsbeitrag),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Verleger: Joh. Stanigh, verantw. Redakteur: Zug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befehlshof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreieckshafte Zeitung oder deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Das Beitragsjahr geht bald zu Ende. Erfülle jeder vorher seine Pflicht!

Inhalt: Das Baugewerbe in Berlin. — Politische Maßnahmen. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Von der Agitation. Berichte. — Centralanträufe. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen u. sozialer Baugewerbsberufsgenossenschaft. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Das Baugewerbe in Berlin.

(Kritische Betrachtungen zu den Gutachten im „Centralblatt für das Baugewerbe“.)

Das Publicationsorgan des Berliner Unternehmerverbandes hat die Veröffentlichung von Gutachten (siehe „Grundstein“ Nr. 42, 43 und 44) vorläufig eingestellt. Die weitere „Bewertung“ der Gutachten durch den Verband der Baugewerbe ist gelegentlich zu erwarten. Das „Centralblatt“ schließt seine Gutachterserie mit folgendem Ressumee:

Mit seltener Einmütigkeit haben die angesehensten Fachleute ihr Urteil dahin abgegeben, daß in Berlin die Bauausführungen mit wenigen Ausnahmen durchaus solide und gut hergestellt werden, und daß die bestehenden Baupolizeivorschriften im allgemeinen die gute Bauweise verbürgen; nur eine stärkere Kontrolle und Sichtung der Bauausführenden durch Gelehrt und Publikum wünscht verlangt.

Daher freudigkeit und Arbeitsfreude nachgelassen haben, wurde ebenfalls ausgewiesen, nur über Maß und Ursache bestehen abweichende Ansichten, die aber gegenüber den Tatsachen in unbestreitbarer Natur sind.

Der Affordbau wurde durchweg als erstenswert und nützlich erkannt, und über die Gegenstände der Arbeitnehmer ist man fast ungeteilter Ansicht.

Das „Centralblatt“ hofft von der Veröffentlichung der Gutachten, um deren weiteste Verbreitung es dichtet, daß das große Publikum wieder Vertrauen zum Baugewerbe gewinne und daß daraus ein neuer Aufschwung erwache.

Was die Verbreitung der Gutachten anbelangt, haben wir das unsere getan. Damit ist unsere Aufgabe aber nicht erledigt. Zunächst ist noch zu untersuchen, ob und welche Tatsachen den Gutachten der Berliner Baumeister zu grunde liegen, oder ob es betriebslose Behauptungen sind. Und wenn das letztere der Fall sein sollte, dann werden wir das „große Publikum“ über die wahre Lage aufzuklären versuchen müssen. Bevor wir selbst das kritisches Würdigung aller aufgeworfenen Fragen herangehen, geben wir zunächst einem Berliner Kollegen das Wort.

I.

Als ich im „Grundstein“ die Gutachten mehrerer Berliner Architekten und Baumeister las, fragte ich mich zweifelhaft, ob es denn überhaupt möglich sei, daß die betreffenden Herren selbst an die Wahrheit und Richtigkeit ihrer Gutachten glauben. Und wie mir, so ging es den Kollegen, die ich in dieser Sache um ihre Meinung fragte. Diese Kollegen arbeiten viele Jahre in Berlin als Maurer, und ich kam von ihnen behaupten, daß sie die Frage, die das „Centralblatt“ an die Herren Architekten und Baumeister richtete, mindestens ebenso gut, und, was Quantität und Qualität der Arbeit betrifft, ganz entschieden besser und vor allen Dingen objektiver beurteilen als die genannten Herren. Die Kollegen versicherten mir, daß sie den guten Glauben.

Weitere Aeußerungen aus Kollegenkreisen, besonders über die Ab- und Zusnahme der Leistungen, nehmen wir mit Dan entgegen. Die Redaktion.

der Gutachter ganz entschieden bezweifeln. Ich vermöge nicht weiter nicht lassen können. Von Affordkolonien indes ist ja bekannt, daß sie auf solchen Bauten wegen ihrer Pfuscharbeit oft genug ganze Mauern „absturzen“ mühten und daß schließlich die auffischenden Organe einfach ihre Entlastung verloren. Schon dadurch ist die Minderwertigkeit der Affordarbeit gegenüber der Vollmarke deutlich gekennzeichnet, und wenn die Firma Hels & Franke bemerkt, es gebe unter den Affordarbeitern wie unter den Zeitlohnarbeitern gute und schlechte Kolonnen, so ist dazu einfach zu sagen, daß die schlechten Kolonnen der Zeitlohnmauer in der Regel wohl aus Affordmauerern oder den ihnen verwandten sogenannten „Wilden“ bestehen. Umgekehrt dürften in diesem Jahre einzelne Affordmauerkolonien zumeist aus Leuten bestehen, die noch an eine anständige Arbeitssweise gewöhnt sind und Affordarbeit überhaupt nur unter dem Druck der heutigen Verhältnisse verrichten. Unter anderen Verhältnissen kämen Affordmauer auf soliden Bauten gar nicht oder nur ganz ausnahmsweise zu Gange.

Wenn ich einerseits in bezug auf die städtischen und städtischen Bauten anerkenne, daß die Qualität der Arbeit infolge der fortgesetzten Kontrolle der Aufsichtsbehörde ziemlich gut ist, daß also Pfuscharbeiten in größerem Umfange nicht vorkommen, so muß ich andererseits doch auch betonen, daß es auf denselben städtischen und städtischen Bauten mit dem Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter im allgemeinen nicht im geringsten befriedigt ist als auf den meisten Privat- und Spektakelsäulen. Vor wenigen Tagen erst stand im „Vorwärts“ folgende Notiz:

„Mangelnder Bauarbeiterbedarf auf städtischen Bauten.“ Auf dem Gelände der Gasanstalt Danziger Straße läßt die Stadt Berlin unter anderem ein neues Retortenhaus aufführen. Die Maurerarbeit wird von dem Unternehmer Müller (Lepel), das Eisenarbeiten der Eisenkonstruktion von der Firma Steffens & Möller ausgeführt. Bei diesem Bau fehlt es mit dem Schutz für die am Bau beschäftigten Arbeiter sehr schlecht bestellt zu sein, denn uns wird geschrieben: „Doch an der Dachkonstruktion sind die Montiere mit dem Aufstellen und Zusammenführen der eingelenkigen Eisenstücke beschäftigt; 8 bis 10 Meter arbeiten die Maurer beim Aufsetzen der Seitenfronten. Von Schraffuren ist nichts zu bemerken. Arbeiten da eines Tages an einem kleinen, runden Treppenhaus oben eine 4 m lange, schweren Wölbe mittler unter die Arbeiter, die entweder auseinanderstoßen, glücklicherweise ohne jemanden ernstlich zu verletzen. Nur vorher war an einer anderen Stelle einem Maurer ein Stück Eisen auf den Kopf gefallen und hatte ihm eine statt blutende Wunde beigebracht. Herunterfallende Schraubennuttern, Nieten, glühende Eisenstücke sind nichts Seltenes.“ Wenn das wohl eutrunken ist, deckt der Bauer den Brunnen zu, heißt es gewöhnlich. Da, Rügen! Es werden wohl ein paar Bretter hingeworfen, aber ein richtiges Schuhbad ist noch heute nirgends zu finden. Wo zu auch, wenn es nicht kostet, kann ja gehen — draußen stehen laufende arbeitslose Maurer, die gern in die etwa entstehenden Buden einztreten würden, nur um Brot für ihre hungrende Familie zu schaffen.

Auch die Arbeitsmethode ist derartig, daß von einer soliden Ausführung keine Rede sein kann, ganz davon zu schwören, daß bei einer intensiven Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter etwa abends noch im Stande wäre, etwas zur Erholung seiner Bildung beizutragen. Wie meinten, daß es höchste Zeit ist, hier Abhilfe zu schaffen. Tut das der Unternehmer nicht, muß die städtische Verwaltung dafür sorgen. Und schließlich: Wo bleibt die Bautenkontrolle ausübende Behörde?

Ich kann nur bestätigen, daß schon vor zwei Jahren an einem Bau deselben Gasanstalt dieselben Mißstände herrschten, wie sie hier geschildert werden. Schon damals brachten die Montiere oben ohne jede Schutzausrüstung die eiserne Dachkonstruktion an, während unten gleichzeitig Maurerarbeiten verrichtet wurden. Schon damals brach-

eine auf leichtsinnigste angebrachte Hängerlösung zusammen und stürzte herab. Und schon damals waren die unten Arbeitenden in steter Gefahr, von immer erneut herabfallenden Gegenständen, Eisenstücken, Werkzeugen, glühenden Schrauben usw., erschlagen zu werden. Dass diese Mißstände heute noch bestehen, obwohl wir uns schon damals wiederholte beschwerten, das ist ein deutlicher Beweis dafür, wie gleichgültig den Herren Aufsichtsführern das Wohl und Wehe der Arbeiter ist. Dabei muss ich noch sagen, dass einer der Herren in Bezug auf die Qualität der Arbeit einer der strengsten Kontrolleure ist, die ich in Berlin kennen lernte.

Doch die Frage nach dem Bauarbeitergeschütz hat das "Centralblatt" seinen Gutachtern nicht vorgelegt. Ich gehe deshalb hier auch nicht weiter darauf ein, sondern halte mich an die hier speziell in Betracht kommenden Fragen.

Die Herren Gutachter behaupten nicht nur, dass die staatlichen und städtischen Bauten solide hergestellt werden, sondern sie bezeichnen diese ihre Behauptung mehr oder weniger auf die Privat- und Spekulationsbauten aus. Auch hier bemerke ich vorweg, dass für einen Teil von Privatbauten, wie Warenhäuser, Fabriken usw., ohne weiteres das gilt, was ich bereits über die staatlichen und städtischen Bauten gesagt habe. Infolge einer gründlichen und unaufgeregten Kontrolle durch die vom Bauherrn bestimmten Architekten resp. Bauführer wird unsolide Arbeit auch auf diesen Bauten zumeist verhindert. Und ebenso wie auf den ersten waren auch auf den meisten dieser Bauten die Altordmauerer den Aufsichtsführenden stets ein Dorn im Auge. Sie wurden sowohl auf staatlichen und städtischen wie auf besseren Privatbauten in der Regel nur verwendet, wenn Differenzen ausgebrochen waren, oder auszubrechen drohten — gewissermaßen als Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisation. Oft genug war dann der trock alle Aufsicht hergestellte Murks der Grund zu ihrer noch kurzer Zeit erfolglosen Entlassung. Die Aufsichtsführenden auf solchen Bauten wissen eben ganz genau, dass trock scharfes Überwachung eine völlig einwandfreie Arbeit von den meisten Altordmauerern nicht hergestellt wird. Und wenn sich die Herren Gutachter damit trösten, dass sich in Zukunft auch bei den Altordmauerern eine solide Arbeitsweise einbürgern wird, so merkt man doch, dass hier nur der Wut, der Vater des Gedankens ist. Dass sich zur Zeit der Altordarbeit die Qualität im Durchschnitt gegenüber etwas verbessert hat, liegt, wie schon gesagt, in den augenblicklichen Verhältnissen begründet. Heute sehen sich nicht nur durchaus solide, der Altordarbeit grundsätzlich angeeignete Maurer geworden, gegen ihren Willen, nur um überhaupt Arbeit zu haben, in Altord zu arbeiten, sondern auch die prinzipiellen Altordmaurer und Altordmärker werden zur Zeit, wo sie so leicht durch solide Arbeitskräfte ersetzt werden können, sich einer besseren Arbeit beschäftigen. In normalen Zeiten, wo der einzelne leichter Arbeit findet, werden diese Dinge mehr oder weniger in Bergfall kommen.

Politische Umschau.

Der Block für Bülow. — Eine gewisse politische Kriegsbeteiligung. — Das Steuerbund. — Sachsen für's freie Wahlrecht. — Präsidentenwahl in Amerika. — Aus dem Reichstage.

Die vergangene Woche brachte keine Wendung der allgemeinen politischen Lage zum Vorschein. Von einer Abnahme der durch die unsere Reichsregierung so schwer kontrollierenden Eingliederungen des "Daily Telegraph" hervorgerufenen starken Erregung war nichts zu bemerken. Die Presse des Auslandes und der größte Teil der deutschen Presse führt fort, in dieser Angelegenheit schwere Kritik zu üben, die ja ganz natürlich hauptsächlich gegen Wilhelm II. und den Fürsten Bülow als den verantwortlichen Halter des "Kaisers" sich richtet. Nur einige konservative deutsche Blätter liegen es abzulegen, "abzuweichen". Unter Berücksichtigung auf die "Deutschlands dranen und drinnen" mahnten sie, die Sache "keine zu große Bedeutung" beizulegen. Auch einige liberale Blätter schlugen eine mildere Tonart an. Die konservative und liberale Blockbilderschaft ist ganz offiziell bestrebt, Bülow unter allen Umständen zu halten und ihm seine "Mediatisierung" so leicht wie möglich zu machen. Man will ihm nur "warnen", dass er in Zukunft vorläufiger ist. Zu Abgrenzen soll es höchst bei allen bleiben.

Die politische Situation hat eine Verschärfung und weitere Spannung dadurch erfahren, dass die Reichsregierung ganz plötzlich einen Streitfall mit der französischen Regierung, der schon vierzehn Tage alt war, zu einer großen Aktion aufzufordern. Es handelt sich darum, dass französische Soldaten in Casablanca anlässlich eines Einchreitens gegen desertierte Freiheitskämpfer gewaltsam in die deutschen konularischen "Gerechtsame" eingegriffen haben sollen. Diese "Casablanca-Affäre" hätte sich längst leicht erledigen lassen. Wesentlich holt die deutsche Regierung keineswegs hervor. Nach unserem Dafürhalten lag das Berliner Tagblatt durchaus zutreffend: Nur deshalb, um die Aufmerksamkeit des deutschen Publikums und besonders der französischen alldeutschen Presse von der blämablen Kaiserinterviewaffäre abzuwenden und dem Fürsten Bülow noch vor der — darum abschließend auf Anfang nächster Woche verabschiedeten Reichstagssitzung — entweder einen diplomatischen Erfolg oder aber die Unterlage zu einem patriotischen Appell an die nationale Einigkeit zu verschaffen. Die "maßgebenden" Stellen möchten auf die Schafe eines Krieges mit Frankreich hinweisen können und so

der öffentliche Meinung eine von der manstrosen Blamage der Reichsregierung ablenkende "patriotische" Richtung geben. Wie glauben Sie, dass Bülow damit Glück haben wird?

Iedenfalls ist nun zunächst das Interesse an der "Weisefinanzreform" etwas zurückgetreten. Die Schwobschen Steuerentwürfe sind dem Reichstag am 4. November zugegangen. Es stehen, um die gehegte halbe Milliarde Mehreinnahme zu bringen, ergeben:

das Braunkohlenmonopol	100 Millionen
die Braunkohlerhöhung	100 "
Tabaksteuererhöhung	77 "
Nachfragesteuer	97 "
Steuer auf Gas und Elektrizität	50 "
Anzeigesteuer	33 "
Weinsteuer	80 "

Das würde 472 Millionen ergeben; der Rest des Mehrbedarfs soll durch erhöhte Marktarbeitsträge aufgebracht werden. Über diese Steuerprojekte im einzelnen werden wir uns demnächst näher ansprechen. Wir vernehmen sie alle ohne Unterschied.

Von den sonstigen Ereignissen und Vorgängen auf innerpolitischen Gebiete ist zu erwähnen die großartige Wahlrechtsdemonstration der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen am 1. November. Die Polizei hatte — Wunder über Wunder! — Massenmärsche gestattet. In Dresden beteiligten sich an der Demonstration etwa 50 000 Personen, die sich in festgelegtem Zuge unter Führung von Fahnen und Standarten durch die Hauptstraßen der Stadt nach der Radrennbahn begaben, wo von leichten Tribünen Ansprachen gehalten wurden. Die Zahl der Demonstranten in Leipzig wird auf 70 000 angegeben, die in Chemnitz auf 40 000. In allen Städten, mit Ausnahme von Grimmaischen, war die Beteiligung groß. Überall wurde eine Resolution angenommen, die enthielt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fordert und gegen die bisherige Wahlrechtskommission der bürgerlichen Parteien protestiert. Überall vollzog sich die Demonstration in schöner Ordnung; nirgend hatte die Polizei Anlaß zum Einschreiten; sie beobachtete sogar eine bewerkstelligte Zurückhaltung.

Wir wagen nicht zu hoffen, dass die preußische Polizei diesem Beispiel folgt und sozialdemokratische Massendemonstrationen zu Gunsten der Wahlrechtsreform gestattet. Sie hat etwas "Schieres" zu tun, nämlich den Arbeitern den Gebrauch ihrer gleichen Rechte möglich zu ermöglichen und das Recht selbst zu verstummen, wie man bei der Handhabung des neuen Verordnungsrechts wieder bedachten kann.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Präsidentenwahl stattgefunden. Der Kandidat der republikanischen Partei, William Taft, hat mit großer Mehrheit über seinen demokratischen Gegner Bryan gewonnen. Die republikanische Partei, die mit Taft nun aus Ruder kommt, tritt in konsequenter Weise den Kapitalismus; sie ist höchst zöllnerisch, huldigt der Herrschaft des Großwesens und damit des Imperialismus. Der Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten wird diese Sieg nicht zum Segen gereichen.

Der Freitag bot bei seinem Wiederzusammentreffen am 4. November das seltsame Bild, nahezu vollzähliger Befreiung.

Wie man doch allgemein mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, dass sich Bülow sofort äußern werde zu der höchst blamablen und kritischen Lage, in die die Reichsregierung durch die im "Daily Telegraph" gemachten Enthüllungen gedrängt worden ist. Über der verantwortlichen Leiter der Reichspolitik hätte es vorgezogen, noch nicht zu erscheinen. Eine Zweifel kann es ihm daran, auf einige Tage Zeit zu gewinnen, um sich mit den Führern der Wirtschaft, wenn irgend möglich, zu verständigen, damit die Regierung und hauptsächlich er selbst von dieser Seite nicht allzu starke Kritik erfährt. Der Präsident teilte den Eingang von vier Interpellationen (Sozialdemokraten, Freiheitliche, Nationalliberale und Freitonservative), die in dieser heftigen Angelegenheit an den Reichstag zugesandt sind, mit. Im Senatorenkonsortium verständigte man sich dahin, diese Interpellationen aufgrund nächster Woche auf die Tagesordnung zu legen. Sie werden, wenn unseres Lesers diese Nummer des "Grundstein" zugeht, bereits erledigt sein. Zur Anschau daran dürften zwei Interpellationen, betreffend die Arbeitslosigkeit, zur Beratung gelangen. Die eine geht der sozialdemokratischen Fraktion, die andere vom Zentrum aus.

Eine andere Interpretation der Zentrumsfaktion lautet: Ist dem Herrn Reichstag zufolge, dass durch "schwarze Listen" und Vereinbarungen ähnlicher Art Arbeiter und Privatangestellte in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen gehindert werden? Was gedenkt des Herrn Reichstagzulassung zu tun, um jolche die Freiheit des Arbeitsvertrages oder die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit hindernde Maßnahmen zu unterdrücken?

Auf der Tagesordnung dieser ersten Sitzung nach den langen Ferien stand die Beratung zahlreicher Petitionen auf Grund der dazu erstatteten Berichte der Petitionskommission. Von besonderem Interesse ist eine Petition der vereinigten Bergarbeiterverbände Deutschlands. Sie wünscht gesetzliche Schutzbestimmungen zum Verbund und zur Beratung des in fast allen Bergwerken Deutschlands üblichen System der Bergverwaltungen und gesetzliche Veränderung des die Gewinnung ruiniierenden Überschreitewerks im Bergwerksbetrieb.

Der Bergarbeiterstaat, Abgeordneter Sachse (Sozialdem.), befürwortete im Namen der Kommission die Überweisung der Petition an den Reichstag zur Berücksichtigung. Bei der Besprechung nahmen der Zentrumsbefürwortende Giesbert und der sozialdemokratische Abgeordnete Hengelsbach das Wort, die beide den kolonialen Terrorismus der Ruhrbergwerke brandmarkten.

In der letzten Hälfte der Woche behandelte der Reichstag den Gelehrtenkurs der Haftpflicht der Automobilbesitzer, sodann die Novelle zur Bibelpflegeordnung; beide Entwürfe wurden Kommissionen überwiesen. Am Sonnabend nahm man die erste Beratung des Weingesetzes vor. In den nächsten Tagen wird die Behandlung der Finanzreform und der auswärtigen Politik beweisen, dass Deutschland noch nie einen so krasillosen Reichstag bezog wie jetzt, in den Gelehrten des Blocks.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden ferner nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Mauern und Bauarbeiter ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastadt: Hamburg (Sperre über Ofenarbeiten der Stettiner Chamottofabrik an der Gasanstalt Grasbrook und auf der Vulkanwerft), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Davendorf (Sperre über Lienau & Bade), Helgoland (Sperre über die Firma Düren aus Godesberg a. Rhein);

Mecklenburg:

Gützkow (Sperre über Thielke), Stolpe (Sperre über Holdorf), Ahrensburg a. Pischlaad (Sperre über Helms);

Brandenburg:

Jüterbog (Sperre über alle Bauten des Unternehmers Lehmann aus Torgau; über Niendorf und über Schäfer, Bau Militisch in Kaltenborn), Belgisch (Sperre über Moier aus Pernitz);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Grundig (Sperre über Pick), Hammerstein (Sperre über Kefahl), Osterode (Sperre über Tessmann aus Mohrungen);

Königreich Sachsen:

Leipzig (sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Berndt & Söhne, Berliner Straße), Ebert & Rödel, Ecke Brandvorwerkstraße und Kantstraße, Leutzsch (Sperre über die Eisengiesserei E. Becker & Co.), Dresden-Arasdorf (Sperre über Hörnig);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Mersburg (Sperre über den Schulnenbau in Schafstädt b. Lauchstädt), Weissentals (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt);

Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Gressler), Ronneburg (Sperre über Kretschmar), Schlotheim (Differenzen);

Hannover-Oldenburg:

Misburg (Sperre über die Zementfabrik "Germania"), Osterholz-Bitterhude (Sperre über Bahnhäuser, Unternehmer Stabenow in Gütersloh), Nordenham (Sperre über die Bauten des Metallwerks);

Hessen:

Gritte (Sperre über Fröhlich aus Gensungen), Neu-Isenburg (Sperre über Daniel Schäfer), Frankfurt a. M. (Differenzen bei Reinhardt und Klesper, Rabitzer);

Westfalen und Rheinland:

Düsseldorf-Benrath (Sperre über Zensen), Castrop (Sperre über Velleuer), Herford (Sperre über die Firma Köster);

Bayern:

Würzburg (Sperre über Kratz & Co.);

Fliesenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbrück & Matheis), Köln und Düsseldorf (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kirfbaum an Bonn), Grafeld (Sperre über die Firma Hilbing), Kiel (Differenzen);

Isolierer und Steinholzleger:

Hannover (Streik der Isolierer), Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krausse, Molkestr. 23), Hamburg (Sperre über Reinhold & Co.), Cöln (Sperre über die Korkelithwerke).

Oesterreich:

Karlsbad:

Gau Cöln:

Offener Vertragsbruch des Sieger Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, einer Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, das ist das Neustadt an dem Siegertalente. Als uns im November 1907 der Verein mit dem langen Namen "Verein Vertragsunternehmer unterbreitete, da war in der Tabelle für Siegen die elfstündige Arbeitszeit vorgesehen, obwohl als Erfolg des Streiks im Jahre 1906 im Vertrag festgelegt war, dass vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 die zehn Stundenarbeitszeit gültig sein sollte. Dieser Vertrag lief am 1. Mai 1908 ab. Die Sieger Unternehmer sind jedoch während der früheren Vertragsdauer fortgesetzt vertragsbrüchig gewesen, indem sie länger, als der Vertrag vorschreibt, arbeiten ließen, auch den festgelegten Lohn nicht zahlten und die Arbeiter, die dagegen protestierten, aus der Arbeit jagten. Als Atonie ihres Vertragsbruchs boten sie im neuen Vertragsentwurf, wie oben beweist, die elfstündige Arbeitszeit. Nun ist ja der Wunsch der Sieger Unternehmer, im neuen Vertrag ihren Vertragsbruch sanktioniert zu bekommen, nicht erfüllt worden. Leider hat das Schiedsgericht in Essen aber auch nicht Gerechtigkeit an den Arbeitern geübt, indem es sie für Siegen für die zehn Stundenarbeitszeit entschied. Man hätte nun billiger entscheiden müssen, dass sich die Unternehmer mit dem Erfolge, die Arbeitszeit von zehn auf zehn Stunden verlängert bekommen zu haben, zufriedengegeben hätten. Aber da kam man bei den Sieger Bauarbeiten schlecht an. Offen erkennen die Herren ihrem Bundesvorstand, wenn wir nicht die elfstündige Arbeitszeit deformieren, dann erkennen wir den Vertrag nicht an. Herr Schmidelhaus, der Vorsitzende des Schiedsgerichtsbezirks, erklärte auch in einem Schriftstück an den christ-

lichen Verband bereits völkerrechtlich: „Siegen schreibt aus dem Vertrage aus.“ Herr Fritz, der Vorsitzende des Vereins mit dem langen Namen, war indes anderer Meinung. Bei der Vertragssunterzeichnung am 10. August in Gießen erklärte Herr Fritz, als ihm von der Sitzung der Sieger Unternehmer und der Ansicht Schmiedehaus' Mitteilung gemacht wurde, „ich (Fritz) unterzeichne auch für Siegen“, und als er aufgefordert wurde, dann auch seine Mitglieder in Siegen zur Zustimmung des Vertrages zu veranlassen: „Das lassen Sie (die Arbeiter) nur meine Sorge sein, das wird sich schon finden.“ Nachdem das Einigungssamt eingerichtet war, mündeten sich die Arbeiter an dies, weil trog der Unterzeichnung des Vertrages keine Änderung der standablen Zustände im Siegerland eintrat. Der Arbeitgeberverband, vom Einigungssamt aus das Treiben der Sieger Unternehmer aufmerksam gemacht, verlangte nun die Streichung des Sieger Ortsverbands aus dem Vertrage, anstatt seine Mitglieder zur Disziplin anzuhalten. Da der Bund ging sogar soweit, in einem langen Schreiben an das Einigungssamt mit allen möglichen und unmöglichen Gründen den Nachweis zu verschaffen, dass das Verlangen gerechtfertigt sei. Als das Einigungssamt die Angelegenheit auf die Tagesordnung seiner am 3. November stattfindenden Sitzung stellte, erklärte Herr Fritz, als dieser Punkt beraten werden sollte, sie zogen den Antrag, Siegen aus dem Vertrage herauszulösen, zurück, da sie sich überzeugt hätten, dass dies nicht durchführbar sei. Damit glaubte man weiteren Erörterungen über diesen Punkt vor dem Einigungssamt aus dem Wege gegangen zu sein. Dies gelang allerdings nicht; denn die anwesenden Gaubüroleiter verlangten energisch, dass die Angelegenheit behutsam wiedekehren würde. Der Vorsitzende statthaftete.

In der Erörterung wiesen die Arbeitgeberländer auf den fortgesetzten Vertragsbruch des Sieger Mitgliedsbundes des Arbeitgeberverbands hin, deren Nachfrage des Vertrages sowohl ist, dass unter dem 1. November in der „Sieger Zeitung“ die Zusammensetzung der Sieger Unternehmer sogar einen Beiklang verdecklicht, wonach die Arbeitszeit vom 1. April bis 30. September elf Stunden betrage und der Vorsitzende Schied sogar am Schluß die Mitglieder aufzurufen, stritte an diesen Beiklang festzuhalten. Die Arbeiter, die es wagten, gegen diese Vertragswidrigkeiten zu protestieren, wurden rücksichtslos aus Pfäster geworfen. Die Herren vom Arbeitgeberverband sahen bei der Entstaltung solcher erbärmlichen Handlungswweise ihrer Mitglieder sehr verlegen da, und Herr Fritz erklärte dann unter dem Eindruck dieser Dinge, dass der Arbeitgeberverband mit dem Vorgehen der Sieger Arbeitgeber nicht einverstanden sei. Man sei aber außer Stande, die Sieger Herren zu zwingen, den Vertrag anzuerkennen, die Arbeiter könnten ja die Arbeit einstellen und die Anerkennung des Vertrages erzwingen.“ Herr Schmiedehaus, der sonst bei der Hand ist, wenn es gilt, den Arbeitern Vertragsbruch vorzuwerfen, schwieg in diesen Sprüchen. Das Einigungssamt hat den Auftrag bekommen, den Sieger Ortsverband der Unternehmer mitzutun, doch das Amt den Vertragsbruch missbilligt und verlangt, dass der Vertrag, weil zu recht befehlend, durchgeführt wird. Sollte in einer bestimmten Frist die Anerkennung des Vertrages seitens der Sieger Herren nicht erfolgt sein, dann hat das Einigungssamt weitere Maßregeln zu ergreifen. Dass sich die Sieger Schriftsteller auch an die Stellung des Einigungssamtes nicht scheuen werden, ist ohne weiteres anzunehmen. Die Herren brauchen den Bund nur zur Hülfestellung bei der Rechtheilhaltung der Arbeitnehmer nach besserer Lebenshaltung in der guten Konjunktur; in der Krise können sie das selbst begreifen, da haben sie keine Hilfe nötig, und deshalb pfeilen sie auf die Weißfahne und Abschaffungen des Bundes. Ob dadurch das Vertrauen in die Vertragschließlichkeit der Unternehmer erschüttert wird, ist den Herren Hefluba. Dabei sind einige davon sehr frumme Christen, die in den im Siegerlande in Blüte stehenden Sektionen eine große Rolle spielen. Manche von den Herren tun oft, als wollten sie vor lauter Frömmigkeit dem Heiland vom Kreuz nehmen, um sich selbst darin zu hängen. Das hält sie aber nicht ab, die durch die Krise herausfordernde Notlage der Arbeiter auszunützen. Was ist das „wahre Christentum“!

Unseren Kollegen im Siegerland rufen wir zu: Stärkt und kräftigt die Organisation, damit wir zu gegebener Zeit den Herren das Wohlverdienst um die Ohren schlagen können: Auge um Auge, Zahn um Zahn!

Gau Danzig.

Was wir in der letzten Nummer des „Grundstein“ vorausgesagten, ist in Gumbinnen zur Tatsache geworden: Herr Hofmauermeister Bludau aus Austerburg lebte die Zahlung des Tariflohn für Maurer und Bauhilfsarbeiter in einem an uns gerichteten Schreiben ab, worauf die dort bestehenden Verbandsmitglieder am 2. November unter zwei Austerburger Maurern die Arbeit einstimmig niederlegten. Im Laufe des folgenden Tages gelang es uns, auch die Austerburger zur Niederelegung der Arbeit zu bewegen. Die am Regierungsnestraubarbeitern beschäftigten Bauhilfsarbeiter arbeiteten zu den alten Bohnräumen weiter. Am 5. November kündigte der Gauvorsitzende Herr Bludau persönlich Verhandlungen an, die nach zweihundiger Dauer mit einem vollen Erfolg endeten. Herr Bludau erklärte, dass, wenn am 6. November die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen von allen Maurern wieder aufgenommen werden würde, er sich verpflichte, von Montag, den 9. November, an den Tariflohn für Maurer und Bauhilfsarbeiter zu ziehen, den in Gumbinnen vereinbarten Tarif im Zeitintervall anzuerkennen und innerhalb einer Woche eine weitere Erklärung bezüglich der einzelnen Bestimmungen des Tarifs (Tarifmuster) dem Bauhilfsarbeiter abzugeben. Die Erklärung des Herrn Bludau wurde schriftlich niedergelegt. Die Gumbinner Kollegen beschlossen am selben Tage einstimmig, die Vereinbarung anzuerkennen und Freitag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Freude über den erreichten Erfolg war bei unseren Mitgliedern sowohl wie bei den Bauhilfsarbeitern allgemein, zumal bereits ein Polter und feierlicher Austerburger Maurer im Begriff waren, als Streikbrecher von Austerburg nach Gumbinnen zu fahren, aber auf Intervention des Kollegen Geßl von Herrn Bludau fühlte zirkschreitender werden. Beschaumt mündeten diese traurigen Herren wieder mit Sack und Pack vom Bahnhof ziehen, wobei sie einen Bau passieren mussten, an dem Austerburger Verbandsmitglieder arbeiteten, die von dem Vorgang in Gumbinnen genau unterrichtet waren. An unseren Gumbinner und Austerburger Kollegen wird es nun liegen, diesen Erfolg, der nur durch den Verband erzielt werden konnte, im Interesse der Stärkung des Verbandes gebührend zu verwerthen.

Gau Hannover.

Die über das Geschäft des Unternehmers Künge in Thiel bei Phemont verhängte Sperrung nach fast vierteljähriger Dauer endlich erlebt worden. Künge ist einer der Unternehmer, die es ausgezeichnet verstehen, ihre Leute zu schinden. Der Lohn beträgt in Phemont 40,- Pf. Künge zahlt aber stets 2,- Pf. = 5 Pf. mehr, also 42,- Pf. Da er es aber ausgesetzt versteht, 20 Pf. mehr als die anderen Unternehmer durch die Kraft des einzelnen herauszupressen, so ergibt sich immer noch ein Mehrverdienst für ihn von 15 Pf. Hierzu kommt noch ein Ton im Verkehr mit den Kollegen, wie er in Knigges Umgang mit Menschen nicht empfohlen wird. Ausdrückt, wie Polacken u. dergl. waren ihm sehr gefallen. Wegen dieses rohen und brutalen Benehmens ist keinerzeit die Sperrung verhängt worden. Wir hatten nach Lage der Sache keinen Grund, auf ihre Beliebung zu drängen. Nun wollte aber Künge doch seinen „alten“ alten Stammbaum von Leuten wieder haben und wandte sich in seiner Wertheiligkeit an den Gauvorsitzenden. Nachdem man sich gegenseitig stotternd ins Auge geschaucht und in ungeduldigem Form und verb. die Wahrheit gesagt hatte, gab Künge folgende schriftliche Erklärung ab:

„Der Unterzeichner nehm hiermit die gewohnten Neuerungen gegen alle bei mir beschäftigten gewesenen Gefellen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Auch die Sperrung über Körter in Herford ist beendet. Körter gehörte dem Arbeitgeberbund nicht an und da stand sein Geschäft und auch seine Arbeitsplätze an der Grenze der Herforder Heimat befinden, so glaubt er auch einen Freibrief hinsichtlich der Wohnzulassung zu haben. Er bot jedem seiner Gefellen, den Lohn 45,- Pf. vertritt, solant 40,- Pf. an; mit dem Bewerben, dass auch kein Nebenfolge mit 40,- Pf. zufrieden sei. Die Kollegen sahen aber bald dahinter und machten ihm die Rüte zu. Nachdem er den Tarifvertrag auch für sich als rechtswidrig erkannt hat, ist die Sperrung am 30. Oktober angehoben worden.

Fliessleger.

Ein unechter Spiel.

In Grefeld beschloss die Plattenleger im August, gleich nach Belebung des großen Plattenlegerkreises in Rheinland-Westfalen, den für beide Provinzen abgeschlossenen Vertrag, der Grefeld als Vertragsort vorstellt, bei ihren Unternehmern zur Anerkennung zu bringen. Sie landten den Vertrag den einzelnen Firmen zu und baten höchstlich um eine Nachricht. Diese blieb aber aus. Nun sagten sich die Plattenleger: seine Antwort ist auch eine Antwort; sie stellten die Arbeit ein. Jetzt entdeckte der Arbeitgeberverband, dass die Plattenfirmen bei ihm organisiert waren, und nun gab es auch Verhandlungen. Unter dem Vorstoß des Herrn Bruns fand eine Sitzung statt, die jedoch resultlos verlief. Mindestens würden wir uns beschweren, während an den Verein, mit dem langen Namen, mit dem Resultat, dass Herr Schmiedehaus nach Grefeld kam, wo in seiner Gegenwart die Forderung für auswärtige Arbeiten, die nach dem Vertrage freilich geregelt werden sollen, festgelegt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde erörtert, welche bereits angefangenen Arbeiten noch zu den alten Preisen fertiggemacht werden müssen. Die Arbeiten in den Katenenbauten, in der Stadthalle und bei den Katenenbauten verlangten die Unternehmer zu den alten Preisen gemacht, was von den Arbeitern zugestanden wurde. Die Plattenfirma Hilbing, die außer den Katenenbauten noch in Münden in den Plattenarbeiten in einer Führungsposition stand, ausgestoßen hat, wurde gefragt, wie es mit Rheindahlen steht, worauf der anwesende Herr Hilbing Schmiedehaus erjuckt, mit ihm nach draußen zu gehen. Nach einer Weile erschienen beide Herren wieder und erklärten, Rheindahlen scheide aus, man wisse nicht, wann die Erklärung wenige Tage vorher gelegentlich der Verhandlung schon einmal abgegeben und noch hinzugefügt, der Baumeister habe die Arbeit aufgegeben und sie werde voraussichtlich nicht vor dem nächsten Frühjahr wieder aufgenommen. Die Sperrung wurde perfekt und die Fliessleger am 28. September wieder an zu arbeiten. Gut acht Tage später entlich Herr Hilbing zwei Leger in Grefeld und stellte gleichzeitig in Rheindahlen zwei Leger von M.-Gladbach ein. Dies war unseres Wissens so aufzufassen, dass einige Männer beauftragt wurden, Herrn Hilbing wegen der Entlassung zu interpellieren. Da erklärte denn der Herr: „Ja, die zwei habe ich entlassen, und wenn die Katenenbauten in den nächsten Tagen fertig sind, dann müsst ihr alle aufschören; dann kommt vielleicht noch mal hier und da ein kleines Stück Arbeit, woran ich einen oder zwei Mann beschäftigen kann, aber da braucht keiner darauf zu laufen.“ In Rheindahlen beschäftigte sich keine Grefelder Leger. Zum Überfluss stellten unsere Kollegen auch noch fest, dass die Gladbach Leger, Mitglieder der Freien Vereinigung, die Rheindahler Arbeiten unter Tarif angenommen hatten. Die Kollegen haben sich so um den Erfolg ihrer Bohnbewegung betrogen und stellten, kurz entlossen, die Arbeit an den Katenenbauten wieder ein. Das war nach Lage der Sache einsig richtig Mittel. Zeit schreit nun der Schmiedehaus einmal über das andere von zweitakten oder gar dreitakten Vertragsbruch. Wohlgefreit, derlei Schmiedehaus, der den Vertrag für die Fliessleger von Rheinland-Westfalen mitunterzeichnet hat, in dessen § 10 es heißt: „Die Begründlichkeit ist einer Organisation sowie das Eintrittsrecht für die Durchführung des Vertrages darf kein Grund zur Entlassung sein“ und im § 1: „Die Vertragschließenden verpflichten sich, danach zu streben, den Vertrag auch in den zum Vertragsgegenstand gehörigen Orten und Bezirken zur Anerkennung zu bringen, in denen zur Zeit zu den oben bezeichneten Vertragschließenden Verbinden zugehörige Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch nicht vertreten sind.“ Derlei Schmiedehaus, der, entgegen den vorliegenden Bestimmungen, dem Unternehmer Hilbing, als der ihn auf dem Platz bei der Belebung des Kreises fragte, ob er berechtigt sei, trotz der Vertragsunterzeichnung in Rheindahlen unter Tarif arbeiten zu lassen, den Rat gab, mir rubig die Gladbach erlaubten. Ein unehrliches Spiel in doch wohl nirgend getrieben worden. In demselben Augenblick, wo sie mit uns den Vertrag schlossen, gehen sie hin und vergeben eine Arbeit, die einige Jahre dauert, zu bedeutend niedrigeren Sätzen als der Vertrag vorsieht. Und dabei stellt sich am Einigungssamt, dass der Unternehmerbund angreift, heraus, dass Hilbing schon längere Zeit, wie er selbst sagt seit Frühjahr 1908, Mitglied des Unternehmerverbands ist, somit nach dem Vortrage verpflichtet ist, schon vom 20. August an den Vertrag im Geseit einzuführen. Denn es heißt doch in § 1 des Vertrages: „Der Vertrag gilt für Rheinland-Westfalen, speziell für die Plätze,

an denen Mitglieder der oben bezeichneten Arbeitgeberverbände ein Plattengeschäft betreiben.“ Zu den oben bezeichneten Verbänden gehört der Verein der Arbeitgeberverbände für das Baumgewerbe für Rheinland und Westfalen. Folglich war Herr Hilbing, der seit Frühjahr 1908 Mitglied des Kreisverbundes Grefeld vom Verein mit dem langen Namen ist und ein Plattengeschäft betreibt, wie schon oben bemerkte, vom 20. August an zur Einführung des Vertrages verpflichtet. Er hat das nicht, lädt es erst auf einen Streit ankommen, schlägt dann mit den Arbeitern Frieden und unterzeichnet den Vertrag und innerlich denkt er: Na, warum nur. Gute werde ich anschmieren, macht Ihr mir jetzt meine dringenden Arbeiten in Grefeld fertig, nachher schweife ich Euch raus und pfeife auf den Vertrag! Und Herr Schmiedehaus, befragt, ob man so die Arbeit hinter das Bild führen darf, gibt seinen Segen dazu. Er, der die Arbeitgeberorganisation dazu benutzt, ihm die Unternehmer in seinem Scharfmacherverband zu treiben, der noch vor wenigen Tagen uns aufforderte, die Arbeitnehmer anzutreffen, weil sie nicht wollen, wie der Essener Verband will, er geht seine Zustimmung zu dem Vertrag, die Arbeiter, wie ihm durch Ihr Vorgehen zu einigen Mitgliedern verholfen haben, und den Lohn ihrer Belegschaft zu bringen. Eine Verständigung ist auch am Einigungssamt noch nicht erfolgt. Das Amt hat die Spruchfassung ausgelenkt. Es sollen erst genaue Erhebungen angezeigt werden, ob ein Mitglied des Unternehmerverbands verpflichtet ist, den für seinen Beruf abgeschlossenen Vertrag anzuerkennen. Schmiedehaus stellt sich auf den sonderbaren Standpunkt, Herr Hilbing sei als Baumaterialienhändler dem Tarif beigetreten und nicht als Plattengeschäftshändler; erst wenn er mit dem letzten Geschäft beitrete, sei er für den Vertrag verpflichtet. Dabei sind neun Betriebe der Platten geschäftshändler. Betriebe sind neun Betriebe der Plattenmaterialienhändler. Schmiedehaus in der Einigungssamtversammlung vollbracht hat, um den Tatbestand zu seinem Gunsten zu drehen, ist gar nicht zu bestreiten. Wir waren alle Begriffe durchzuhängen. Wir sind guten Wunsches Sach steht glänzend; in den letzten Tagen hat die Firma Berliner Verluste aufgeworfen, haben die Gladbach die Tarif zu eingeholt. Wie werden in Zukunft aussehen, wie gewisse Leute das Recht ins Gegenteil umschauen möchten. Die Gerechtigkeit muss doch siegen.

Isolierer und Steinholzleger.

Die Isolierer Berlin beschlossen am 8. November, wenn bis Dienstag, den 10. November, seitens der Firma Reinhold & Co. keine Schritte zur Belebung der Differenzen getan werden, wenn vielmehr auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharret, am 11. November in den Sympathiekreis einzutreten. Zu dem Tarif wurde neben dem Geschäftsführer ein Kollege der Firma Reinhold & Co. beansprucht, die Verhandlungen einzuleiten. Die Isolierer Berlin beschlossen von den übrigen Kollegen, die Tarif zu eingehalten und infolgedessen haben die Gladbach die Arbeit eingeholt. Wir werden in Zukunft ausschauen, wie gewisse Leute das Recht ins Gegenteil umschauen möchten. Die Gerechtigkeit muss doch siegen.

In Hannover lief der von den Unternehmern geführte Tarif am 1. November ab. Zu den Verhandlungen über den Tarif stellten die Kollegen die Forderung auf: 65,- Pf. Stundenlohn, bei Arbeiten außerhalb A. 2.75 Bislage den Tag und Abholung alter Affordarbeit. Das bezeichneten die Unternehmer als unannehbar und verlangten von den Kollegen die Anerkennung eines Affordtarifs mit stark herabgesteckten Preisen. Aufgelöst traten die Kollegen am 2. November in den Streit ein.

Zur Wissensfrage an die Streitleitung sind nach Goswitz Hiene, Grünitz, 24, zu adressieren.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigverbandsstände zu überreden:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterbeurkunde.

Nebenher sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

Unterstützungs-Antradelungen wurden in der Zeit vom 2. bis 7. November für folgende Mitglieder eröffnet: A. Niermannsdorf (Frau), Verh. Nr. 281 303; Abt. Müs.-Börba., 97 705; Karl Klages - Braunschweig, 12 197; Will. Leibnizland i. M., 282 018; A. Petrusse-Lutwitz, 111 757; C. Stellmacher-Berlin, 258 099; C. Fehland - Berlin, 7744; Ad. Ilgen-Berlin (Frau), 6187; Ad. Urban-Berlin, 6137; Herm. Müller-Tempin, 1489; Sch. Ziller-Erfurt, 67 107; Carl Krüger-Berlin, 3489; Ernst Gallich-Berlin (W.), 294; Lind. Durand I - Karlsruhe (Frau), 242 442; Herm. Siebig-Stünzberg i. Schl., 255 598; O. W. Künigge-Hannover, 32 044; Otto Krüger-Salzwedel (Frau), 284 086; Jos. Denau-Deutsch-Lissa (Frau), 16 956; Paul Hornbauer-Olschat (Frau), 261 549; Emil Behn-Vansin, 125 459; Karl Engerer-Mainzheim (Frau), 261 827; Ernst Gauche - Leipzig (Frau), 89 171; W. Bergmann-Darmstadt (Frau), 188 806; Aug. Meyer-Bethel, 108 068; O. Steincke-Berlin (W.), 281; Paul Hellmich-Berlin (W.), 147; Eb. Heldel-Borsig (Frau), 267 965; Will. Stute-Wilhelm i. W. (Frau), 87 353; Ad. Raatz-Dresden (Frau), 865 027; W. Witz-Frankfurt a. M. (Frau), 21 212; Jos. Padub-Lutwitz (Frau), 14 991; Herm. Grechel-Dresden, 87 656; Louis Görner-Dresden, 829 553; Heinrich Zschote-Dresden, 133 911; August Behner-Dresden, 488 021; Herm. Meier-Meldorf (Frau), 167 768; Paul Dege-Halle, 25 284; Max Buchta-Mülhausen i. Els. (Frau), 303 640; Gust. Hamm-Schwedt a. d. O., 5339; Ab. Germischer-Gruen, 67 086; Frz. Benteler-Würzburg, 331 650; Emil Baar-Hamburg, 28 226.

Gebindenungen für die Hauptklasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Befenningerhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Poststempel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 7. November 1908 sind folgende Verträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Arnswölde 4. 228, 16, Albenberg 8, 40, Altenburg 600,
 Blohmen 142, Brunsbüttelsoog 150, Biele 50, Cottbus 62, 28,
 Burghaven 914, 42, Geestfeld 81, 50, Coblenz 16, 2, 38, Gunnendorf
 215, 16, Chemnitz 800, Düren 114, 52, Dürenwangen 67, 92,
 Ebersdorf 200, Fischburg 200, Grünma 191, 91, Greif-
 berg 25, 60, Gründung 6, 71, Gützen 3, Gräfenhainichen 5, 20,
 Hennstedt 50, 68, Hörzgerdorf 5, 60, Hamburg 2000, Kattowitz 4,
 Lümbard 114, 85, Löbau 152, 24, Lüdenscheid 75, Mülhausen i. El.
 284, 09, Margraviest 75, Minden 1241, 82, Meckane 200,
 Marienburg 100, Mühlendienst 4, 20, Meissen 65, 10, Neumünster
 307, 92, Neuriedenberg 101, Neumarkt i. Saale 180, Oderse-
 wälder 139, 16, Osterburg 67, 88, Ohlsdorf 150, Rothenburg
 an der Odra 182, 19, Röbla a. Darß 45, 84, Sachm 80, 70
 Selle 83, 88, Stadtfeldendorf 151, 80, Steinau 30, 20, Steinbach
 96, 88, Steindorf 34, 46, 24, Sulzgut 272, 62; Schönbeck 200, 50,
 Tolzen 200, Wölfershausen 19, 70, Wörlitz 181, 92, Wigen-
 bauern 284, 55, Wöslauingen 187, 98, Wilhelmskaren 200, Behmar
 138, 40, Burgen 400.

b) Für Futterale

Schistosomiasis M. 1,70.

o) Zur Räuber.
Arnswalde 7, 50, Cottbus 17, 50, Cuxhaven 50, Grefels
50, Gunnendorf 7, 50, Dichen 10, Freiburg i. Schles. 7, 50,
Genthin 1, Kalkberg 15, Löben 20, Löben 11, 50, Lüdens 20,
Meiningen 5, Milow 3, Mühlhausen 1. Et. 25, Marstrupsfel
2, 50, Minden 1, Stadtsoldenburg 7, 50, Steinau 3, Seiden 15, 50,
Soarmund 5, Schwerin 5, Tautenburg 5, Uelzen 5, Wölfers-
hausen 2, 50, Wittenburg 2, 50, Walddorf 5, Wittingen 20.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandmitglieder aller zw. igreine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingezahlt haben und denen nicht drücklich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind und die Mitgliedsbücher
bezo. Karten der Kollegen Franz Müller - Stettin (R. 14 028)
Oto Homenmann - Lübeck (R. 27 682), M. B. Hippel - Gießen
(Ber.-Nr. 384 093), Jos. Schäfers-Wülfenhausen in Egi. (136 917),
Oto Schramm - Zwickau (398 122), Jos. Schwanermeier - Neu-
enburg a. d. D. (358 454), Karl Baretz - Pforzheim (842 778),
B. Günther - Pößnitzchen (269 840), v. Schröder-Arendse, i. N.
(281 270), Friedr. Behrens-Halberstadt (228 237), Aug. Schröder-
Bielefeld (176 608), Alberti Hohenstein - Roßwagew (217 248),
Herrn Kümm.-mann - Bochum (165 085), Heinr. Kett - Hameln
(117 532), Karl Tauchnig-Wurzen (108 985), Friedr. Bickelhaupt
- Postow (106 293), Jacob Schlarp - Hannover (31 509),
Jos. Waldrich - München (451 050), Andri. Seidl - München
(25 382), Eg. Reider-Braunfels a. W. (19 - 165), Paul Dernes-
Hausen (421 768), Karl Baasch-Ruhrtor (283 74), Martha Fäh-
rbrodtburg in Egi. (138 941), Herrn Cilling-Gleichenstrich (4-72 81),
Friedr. Maase-Magdeburg (41 933), Karl Baum-Grefendorf (154 088),
Ludwig Schmitz - Kai-Ursche (218 340), Jos. Oedeforn - Köln
(282 658), Otto Duenzel-Merseburg (328 675), Aug. Jagemann-
Hannover (819 181), Wilh. Günter-Essen (8. 35 241).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37b des Statutus vom Zweigverein Augsburg: Franz Wagner (Verh.-Nr. 438 699); Laufen: Heinrich Ringler (361 039); Süder: Heinrich Lohde (84 578), Paul Gallien (601 880), Karl Hähnel (449 785), Karl Bilgner (449 843).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Verträge ausgelossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Um Angabe ihrer Adresse werden erucht vom Zweigverein Coblenz-Neuwied: Albert und Max Jäde aus Bergen a. Rügen (Verb.-Nr. 34449 bzw. 110918); Bisselshövede: August Karsens (200183), geb. am 25. Decr. 1873.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden erachtet, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. Der Nachschubstand

Von der Anitation.

John Breslin

Die von mir abgehaltenen Versammlungen im Gau Breslau waren, mit wenigen Ausnahmen, nur schwach besucht. Von 1856 mir angegebenen Mitgliedern in den Versammlungsorten, waren nur 726 in den Versammlungen anwesend, eine Zahl, die eigentlich wenn unsere Kollegen noch etwas Interesse für unsere gute Sache gezeigt hätten, allein in der Breslauer Versammlung hätte erreicht werden müssen. Über gerade in Breslau war der Versammlungsbesuch beschämend, ganze 77 Kollegen waren anwesend, so daß in dem großen Saale des Gewerbeschäftshaus mehr Tische und Stühle als Kollegen zu sehen waren. Wenn auch die Arbeitslosigkeit in Breslau groß ist, so hätte doch der Versammlungsbesuch entsprechend den noch beschäftigten Kollegen, viel besser sein können. Aber die Interessentenliste unserer Kollegen nimmt Formen an, daß sie sich, wenn die Kollegen nicht Einlehr halten, derselbst noch bitter rächen muß. Wenn in den kleineren Orten der Versammlungsbesuch nicht größer war, so lag das vielleicht daran, daß die Kollegen die zu 10 km vom Arbeitsort entfernt wohnen. Das übrigen war in den einzelnen Orten der Versammlungsbesuch wie folgt. (Die eingeklammerten Zahlen sind die Mitgliederzahlen): Rematt (106), Deutz-Lissa (140) 26; Sireben (26), 2, Breslau (1300) 77, Oppeln (300) 40, Reihe (90) 60, Brieg (300) 80, Beierwisch (200) 49, Freibau (400) 36, Miltitz (200) 35, Striegau (120) 45, Gottesberg (66) 15, Waldeburg (430) 83, Neutrope (42) 4, Langenbielau (200) 47, Meichenbad (197) 53, Schwie (195) 37, Wilgen (46) 28. Durch ein Mißverständnis beklaglich der Total, konnte ich in Opolen leider nicht an der Versammlung teilnehmen.

sammlung teilnehmen, da die Versammlung, die eigentlich in Oppeln stattfinden sollte, in einem Ort in der Nähe von Oppeln stattfand. Die Arbeitsgelegenheit ist auch in den Orten gewöhnlich abgestorben, wo sie bisher noch gut war. Die Diskussion bewogte sich in Sinne des Referats; hierbei zeigte sich auch, daß der Vorstand für die im Frühjahr abgeschlossene Lohnbewegung das Richtige getroffen hat. Wird erst wieder bessere Arbeitsgelegenheit vorhanden sein, dann werden auch hoffentlich unsere Kollegen von einem besseren Geiste zu unserer gute Sache bestellt sein. Plakat zur Befreiung bietet auch der Teil von Schlesien noch, in dem ich Versammlungen abgehalten habe.

gutes Leben machen, auch menschenwürdiger gestalten. Zum Schlus will ich nicht unerwähnt lassen, daß sich die Unternehmer in Weimar riesig darüber aufgeregt haben, weil die Versammlungseinladungen an einige Bauzaune angeklebt waren. Die Herren haben die Einladungen entweder selbst abgerissen oder ihren Fraktolin damit verhaftet und in einem Schreiben an den Vorstand unserer Zweigvereins schrieb der Arbeitgeberbund am Schlus:

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, daß Theoretisch öfters Versammlungen bekanntgegeben werden durch Blätter, welche an Bausäulen und Neubauten angeklebt werden.

Carl Hiddeßen.

San Gòln.

dorf 72, Rue 8, Aachen 35, Maastricht 9 bis 100.
Herrnlebenswerte Diskussion hat sich nirgends an dem Vortrag angegeschlossen. Sicher liegt wohl den Kollegen die ganz Materie gewiss fern. Die Stimmung in fast allen Versammlungen war recht gedrückt, indem sich die Wirkung der Krise gerade auch in Gau Köln in allen Orten sehr bemerkbar macht. Warmen-Eberfeld hat an dem letzten Aufzähldung wohl überhaupt nicht teilgenommen. Vorherd hat schon 1904 eine recht gedrückte Bauträgerfeier, über eine Belebung der Arbeitsgelegenheiten im Herbst konnte nur Ehemelsfeld, Bieren und Düsseldorf berichten. Die Arbeitslosigkeit machte sich besonders in Hilden, Gummersbach, Siegen und Aachen bemerkbar. Die beste Veransammlung vielleicht auch die interessanteste war in Maastricht. Hier feierte der Verein sein erstes Stiftungsfest, es ist dies wohl der einzige Verein in Holland, der auf ein Bestehen von einem Jahr zurückblicken kann. Die Kollegen hatten schon einen Umzug durch die Stadt gemacht, und die Veransammlung wurde durch Muß eröffnet. Diskussion gab es auch, indem ein Katholik versuchte, die Ursachen der Krise auf das liberale Parlament zurückzuführen. Die Kollegen Achterberg und Kessel und Genosse von Dorf, der Ex-Prälat, haben ihn abgeführt. Am 19. Oktober sollte in Maastricht der Versuch gemacht werden, einen katholischen Bauarbeiterverband zu gründen. Achterberg blieb deshalb da, und die Kollegen glaubten nicht, daß es gelingen würde, ein solchen Verband zu gründen. Von einem Streit der Veransammlungen kann leider nicht geredet werden. **Zoh. Ehrent.**

Sion Erfurt.

Versammlungen fanden statt in Alstedt, Apolda, Weimar, Ilmenau, Ruhla, Gotha,

Rudolstadt, Coburg, Tambach, Schmalzlauden, Reiningen, Eisenach, Coburg und Salzungen. Die Versammlung in Suhl fiel aus, weil, wie die Kollegen erklärten, nur wenig Mitglieder am Orte wohnen, bei der schlechten Konjunktur die in den umliegenden Dörfern wohnenden Kollegen mit Heftarbeit beschäftigt sind und an Wochentagen nicht zusammengebracht werden können. Ein Versuch, die Versammlung am Sonntag auf dem Dorfe abzuhalten, scheiterte, weil die Salzunger nicht auf den Sonntag verzichten wollten.

noch eine Auskündigung guterlaufen haben. Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß wir schon von vornherein auf die Tägigkeit dieses Wagner verzichtet haben. Weiter hielten wir fest, daß die Leitung des Verbandes mit diesem Vorlommis, das wir selbst nicht guthießen, nichts zu tun hat. Wir befreiten das Borgehen der beiden Blätter ganz gut, haben wir doch im vergangenen Sommer in die Reihen der guten Hirsche eine bedeutende Rute ge-rißt. Sogar den Schriftleiter haben wir ihnen abgejagt. Damit aber die beiden Blätter ihren Heldennmut, andere zu verteidigen, nicht ins Unmerkbare steigern, sei hier eine kleine Charakteristik ihres Schreibens gebracht. Im Jahre 1905 laßte Wagner bei uns Beiträge. So ganz natürlich, wie er immer so schön sagen kann, ver-geißt er das Ablesen von 80 Beiträgen à 40 z. Wagner Unterstellung angeklagt, verteidigte er sich damit, daß seine Frau so „gang aus Versehen“ die Marmelade verbrannt habe. Das Gericht glaubte ihm dies und sprach ihn frei. Damals aus dem Verbande ausgeschlossen, verstand er es bald wieder, sich bei der damaligen Leitung Gehör zu verschaffen, die dann seine Neuaufnahme befürwortete. Ich war kaum ein paar Wochen in Augsburg, als ich schon um Rechtschafft für Wagner für sage und s解釋re sechs Anflagen wegen schwerer Körperverletzung in Verbindung mit § 158 nachzuhören mugte. Alle jeho Reale soll Wagner im Jahre 1906 begangen haben. Zwei Anflagen sind erledigt, die anderen vier noch anhängig. Und so ein Mann will von Terrorismus reden! Beifeststellen wollen wir noch ausdrücklich, daß Wagner nach Beginn des Streites, wie er selber angibt, sein Bier austrunken und ging, um später wieder zu kommen. Es hat ihm jedenfalls der Budel gefunkt. So sieht also der Schriftling der Hirsche aus. Lebriegen ist Wagner bei allen, die ihn kennen, als ein ungezogenes Mensch bekannt. Wir glauben mehr, daß die beiden Hirtenzeitungen die Tapferkeitsmedaille für ihre Heldentaten bekommen. Die beiden Blätter haben sicher nicht aus Liebe zu Wagner gehandelt, lieber dürfte ihnen gewesen sein, daß sie wieder einmal einen Anlaß gefunden haben, gegen unseren Verband heben zu können. Da wir aber der Meinung sind, daß ein Kollege, der in gegnerischen Blättern den Verband zu bestreiten verucht, nicht würdig ist, unserem Verbande als Mitglied anzugehören, so haben wir ihn am 1. November in unserer Mitgliederversammlung ausgeschlossen.

Beridjte.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Arbeitslosenzählungen.

In mehreren Orten werden in der nächsten Zeit von kommunalen Arbeitsbeschaffungen veranstaltet. So am 17. November in Berlin. Wir fordern unsere arbeitslosen Kollegen auf, sich bei diesen Bählungen zu melden und alle verlangten Auskünfte zu erteilen. Diese Bählungen sind äußerst wichtig, denn ihr Ergebnis wird die Entschließungen des Behörden, dass sie etwas zur Besserung der Not tun wollen oder nicht, vermutlich sehr stark beeinflussen. Wer arbeitslos ist und sich nicht meldet, lädt dadurch die herrschende Not weniger groß erscheinen, gibt den satten Vollzöglern das Recht, uns der Überredung zu zwingen, und einen Vorwand, sich der Erfüllung einer sozialen Pflicht zu entziehen. Darum verlässt kein arbeitsloser Kollege die Bählungen.

Augsburg. Die „Wacht“ und der „Bauhandwerker“.

beides Organe der Hörzähne, fübeln wieder einmal vom Tertiorismus unseres Verbandes. Das Material dazu hat Ihnen das frühere Mitglied Franz Wagner, Buchnummer 483 009, ged. 27. 5. 77 zu Augsburg, gelesefert. Wagner ist nicht nur in Augsburg, sondern auch in Rheinland und in Elsass usw. bekannt. Er benötigte einen Wirtschaftsstreit, bei dem er handgreifliche Spuren mit nach Hause brachte, um gegen die Verbandsleitung zu gehen. Die „Wacht“ und der „Bauhandwerker“ schreiben: „Die führenden Geister des „freien“ Centralverbandes der Maurer haben eine Spezialmethode erfunden zur Anfeuerung ihrer Mitglieder in der Agitation, wenn sie gewissen persönlichen Vorlommissen nicht mehr recht ziehen.“ Auf die verschiedenen Vorlommissen gehen beide Blätter nicht ein, hat sich doch erst kürzlich ihr Freund Tießl in Nürnberg vier Monate Gefängnis geholt, die ohne Zweifel noch eine Radschürtung zurückgelassen haben. Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß wir schon von vornherein auf die Tägigkeit dieses Wagner verzichtet haben. Weiter stellen wir fest, daß die Leitung des Verbandes mit diesem Vorlommissen, das wir selbst nicht gutheuen, nichts zu tun hat. Wir begreifen das Vorgehen der beiden Blätter ganz gut, haben wir doch im vergangenen Sommer in die Reihen der guten Hörzähne eine bedenklliche Lüde gerissen. Sogar das Schriftführer habe mit ihnen abgeejagt. Damit über die beiden Blätter ihren Heldennmut, andere zu verteilen, nicht ins Unerträgliche steigern, sei hier eine kleine Charakteristik ihres Schülings gebracht. Ein Jahrzehnt 1905 lauffierte Wagner bei uns Beiträge. So ganz „heidisch“, wie er immer so schön sagen kann, verarbeitet er das Altefernen von 80 Beiträgen à 30 S. Wegen Unterstüzung angefaßt, verteilt—er sich damit, daß seine Frau so „ganz aus Verschen“ die Märzen verbrennt habe. Das Gericht aludete ihm dies- und kündigt ihm frei-

Damals aus dem Verbande ausgeschlossen, verstand er es wieder, sich bei der damaligen Leitung Gehör zu verschaffen, die dann seine Neuauhnahme befürwortete. Ich war kaum ein paar Wochen in Augsburg, als ich schon Rechtschutz für Wagner für sage und schreibe sechs Anklagen wegen schwerer Körperverletzung in Verbindung mit § 188 nachzuholen mußte. Alle jeds Rechte soll Wagner im Jahre 1906 begangen haben. Zwei Anklagen sind erledigt, die anderen vier noch anhängig. Und so ein Mann will von Terrorismus reden! Beifstellen wollen wir noch ausdrücklich, daß Wagner nach Beginn des Streites, wie er selber angibt, sein Bier austrank und ging, um später wieder zu kommen. Es hat ihm jedenfalls der Bude gejagt. So sieht also der Schlußgang der Kirche aus. Heiligensitz ist Wagner bei allen, die ihn kennen, auch ein ungeogeneter Mensch bekannt. Wir glauben nicht, daß die beiden Kirchlichen Zeitungen die Tapferleitsmedaille für ihre Heldentaten bekommen. Diese beiden Blätter haben sicher nicht aus Liebe zu Wagner gehandelt, lieber düstige ihnen gewesen sein, daß sie wieder einmal einen Anlaß gefunden haben, gegen unseren Verband holen zu können. Da wir aber der Meinung sind, daß ein Kollege, der in gegnerischen Blättern den Verband zu diabolischen Verücht, nicht würdig ist, unserem Verband als Mitglied anzugehören, so haben wir ihn am 1. November in unserer Mitgliederversammlung ausgeschlossen.

Der Vorsitzende des Zweigvereins, Kollege Klein, gab den Vorstandbericht. Der Versammlungsbesuch war in dritten Quartal nicht gut. Die Nachwheben des Kartellabschlusses, bei dem die Hoffnungen der Mehrzahl unserer Kollegen nicht erfüllt wurden, machten sich dabei noch geltend. Der Kartellvertrag wird im großen und ganzen im Zweigvereinsgebiet ohne Ausnahmen. In Marie-Lorraine fand sich der Unternehmer Kleemann nicht dazu verleben, mußte aber, nachdem die Vertreter der Organisation mehrmals vorstellig geworden waren und die Kollegen die Arbeit nie zerglegt hatten, den Zahn vom Käfchen des Vertrages auf nachzahlen. Unsere Saison von angelegten Berufen, die Organisation auch im Münsterlande auszubreiten, haben fest Erfolg gehabt. Durch das Vordringen des Kohlenbergbaus werden dort größere Anlagen ausgeführt, was unsere Agitation beginnt. Wir haben jetzt schon eine stattliche Mitgliederzahl in Wörth, Selm und Minthe, und die Zeit wird nicht mehr fehlen, wo auch dort bessere Verhältnisse herrschen werden. Auf das Baudilegierensystem muß in Zukunft wieder größeres Gewicht gelegt werden. Der Vertrag der Delegiertenversammlungen war gleich dem Versammlungsbesuch festgelegt. Auch der Arbeitsaufwand befindet nicht vollständig. Wenn dann die Kollegen größere Aufmerksamkeit geschenkt hätten, so hätte mancher unserer Kollegen mehr untergebracht werden können. Um den Bauarbeiterkongress zu fördern, mußten wir verschiedentlich die Berufsgenossenschaft anrufen, damit wenigstens die ärgerlichen Missstände auf mancher Baustelle beseitigt würden. Bei der Nahaufnahme einer Statistik im Zweigvereinsgebiet stellten wir eine große Anzahl unorganisierter Kollegen fest, größtenteils sind es Ausländer, die das Unternehmertum im Frühjahr nach hier lockte, um sie bei einer Lohnbewegung als Streitbrecher zu verwenden. In der Stadt, haben die Wahlen zur Orts- und Innungsfraktionen stattgefunden, die den freien Gewerkschaften die Majorität brachten. Im Zukunft müssen wir auch in den Landgemeinden, wo Krankenfassen bestehen, die Kollegen mehr für die Wahlen interessieren. Unsere Mitgliedszahl betrug am Schluß des dritten Quartals 1920 gegen 1408 im zweiten Quartal. Die gewerkschaftlichen Angelegenheiten des Zweigvereins wurden in den Versammlungen, 53 Sitzungen und 48 Vorstandssitzungen erledigt. Vorträge wurden drei gehalten. Um das Bildungsbüro für unsrer Kollegen zu erhalten, plante der Vorstand, im Winter einen Unterrichtskursus abzuhalten. Die lege Mitgliederversammlung bewilligte hierzu M. 200. Hoffentlich wird die Versammlung gute Früchte tragen, damit wir immer mehr Kollegen haben, die die Ideen der Organisation verbreiten helfen. Die Abrechnung des dritten Quartals gab der Kollege Nicolaus bekannt. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schloß mit M. 8819,25 ab. Die Einnahme der Lokalfasse betrug inslusive Kassenbestand M. 17 625,53, die Ausgabe M. 3841,78. Rithin bleibt ein Bestand von M. 18 683,75. Kollege Nicolaus rügte die kleinen Feste, die größtentheils mit Defizits abschlossen. Es wäre nötig, mit den am Ort vorhandenen Organisationen gemeinschaftliche Feste zu feiern, wenn es denn unbedingt nötig wäre. Die Wirkung der Feste geht aus dem Markenumfang hervor. Im dritten Quartal 1908 wurden verbraucht 28 294, im dritten Quartal 1909 23 645 und im dritten Quartal 1908 nur 16 753 Weitagsmarken. In der Diskussion wünschten die Vertreter der Fachstellen, eine Unterstützung seitens des Zweigvereinvorstandes, auch des Bauvorstandes, obwohl nicht bestritten wird, daß der Vorstand seine Pflichten erfüllt hat. Die Fachstellenversammlungen fallen fast alle auf den Samstag, hierin muß eine Aenderung eintreten, wenn die geäußerten Wünsche erfüllt werden sollen. Für die Leistung eines Winterbeitrages sprach Kollege Nicolaus. Er sagte, daß ein früherer Beschluss des Zweigvereins lautete, der Lokalfussball von 10 à 3 ist für das ganze Jahr zu zahlen. Es mache sich notwendig, dies beizulegen wieder in Versammlungen zu erörtern. Da nun ein großer Bestand von Lokalfussballmarken zu 20 à 3 aus dem Jahre 1907 vorhanden ist, sollten diese für diesen Winter verwendet werden. Dennoch hätten die Kollegen für 2 Wochen 6 Stück à 3 zu zahlen. Die Anwesenden stimmten durch Abstimmung, dafür einzutreten zu wollen. Eine Agitation sprach Kollege Kahl. Durch die schlechte wirtschaftliche Lage haben wir einen Rückgang in der Organisation zu verzeichnen; ein Teil Schuld wäre auch wohl der Lohnbewegung zuzuschreiben, die die Hoffnungen der Kollegen nicht so erfüllt hätte, wie es in der Hochzeitpunkt möglich gewesen wäre. Die Mitglieder wählten die Schuld auf die Organisation, statt die wirtschaftlichen Verhältnisse zu erkennen. Viele Kollegen hätten den richtigen Gedanken der Organisation noch nicht erkannt, deshalb dürfe die Agitation nicht einlassen. Man sollte der Agitation auf die wirtschaftlichen Zustände zurückziehen, die jedem die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zeigten. Material dazu boten die Tagespreise an der "Grundstein". Durch Teilnahme an dem vom Zweigverein veranstalteten Unterrichtskursus könne jeder Kollege sein Wissen bereichern und es wieder in den Dienst seiner Organisation stellen. So müßten wir arbeiten, um Mithum und die Gleichgültigkeit wieder zu befreien. Ein "Verschiedenes" wünschten die Vertreter von Gütersloh, daß die nächste Vorstandswahl anders vorgenommen würde wie bisher, wo der größte Teil der Wähler wegen der großen Entfernung an der Wahl nicht annehmen könne. Der Vorstand wurde beauftragt, ein Regulativ dazu auszuarbeiten. Eine Diskussion entpann sich noch mit dem Vorstand der Bauarbeiter, weil unsere Kollegen annahmen, daß der Vorstand der Bauarbeiter in den Landorten nicht genugend Agitation leite. Gegenso Arns trat in kurzen Ausführungen dieser Auseinandersetzung entgegen. Darauf erfolgte Schluß der Konferenz.

Frankenberg i. S. In der Versammlung am 24. Oktober verlas der Kassierer die Abrechnung, dann wurde für den amtsübenden Schriftführer ein Erfolg gestellt. Ein kleiner Führer sich durch den Bericht in Nr. 41 des "Grundstein" getroffen, man war aber der Meinung, daß die darin ausgesprochenen Tadel nicht einem eingetretner, sondern allen diesen gelten, die der Vertreibung die Arbeit erschweren. Erbitterung rief die Mitteilung hervor, daß ein Kollege ohne ersichtlichen Grund von einem Unternehmer entlassen sei. Der Vorstand erhielt den Auftrag, sich für

seine Biedereinstellung zu beweisen. Das ist geschehen und zwar mit de^r Erfolge, daß der Kollege wieder eingestellt wurde. Bei dem Bericht über die Tätigkeit des Bildungsausschusses wurden A 25 für dreien bewilligt.

Hagen, I. B. Die Generalversammlung des Zweivereins am 1. November, in der auch die Vorstände der Zahlstellen aufwändig waren, wies einen guten Verlauf auf. Nur Schwerte und Letmathe waren nicht vertreten. Der Tätigkeitsbericht erfasste Kollegie Dege. Während die Haupttätigkeit in den Jahren 1906 und 1907 im ganz zweigverbandsgut war, ist sie in diesem Jahre schlecht gewesen. In den Orten Wilspe, Gevelsberg, Schwerte, Letmathe und Hohenlimburg, wo noch im zweiten Quartal eine leidlich konjunktur herrschte, ist die Arbeitsgelegenheit ganz bedeutend gesunken. Eine Bedeutung des Baumarktes im vierten Quartal ist kaum zu erwarten, da alle Anzeichen dafür fehlen. Im ganzen Bezirk, insbesondere die Kleinstserienindustrie in voller Blüte stand, kann man jetzt fortgesetzte Arbeitserlässungen beobachten, oder doch Fristrichtungen eingelegt werden. Infolge der umfassenden Kritik haften es verschiedene Unternehmer nicht für notwendig, den Tarif zu beachten. Für die Dreihaspe und Gevelsberg ist der Stundenlohn durch Schiedsgericht um 1,- geftiegen. In einer Versammlung der Unternehmer der Ortsgruppe Hagen, zu der auch die oben erwähnten Orte gehören, wurde auf Grund einer Erklärung des Vorstandes, des uns sehr bekannten Unternehmers Platte, beschlossen, Protest gegen die Erhöhung des Lohnes einzulegen, da er, der Herr Platte, keine Zuständigkeit gehabt hätte. (Anmerkung des Schriftführers: Laut Beschluss des Einigungsamtes vom 3. November muß der im neuen Tarif festgelegte Lohn für diese Orte gezahlt werden.) Die Unternehmer in Wilspe, Altena und Wörde, die in einer Sitzung am 28. August auf Ehrenwort erklärten, daß sie den Tarif im vollen Umfange anerkennen, sind wohl und tarifmäßig geworden, indem sie den 1. - Erhöhung bei der dritten Lohnzahlung wieder abgezogen haben. Das sind die Folgen der Intercessionsfeier der dortigen Kollegen. Da auch die Unternehmer in Hohenlimburg, Schwerte und Hagen immer wieder versuchen, den Tarif zu umgehen, so mußte die Verbandsleitung mehrmals vorstellig werden, damit die Kollegen zu ihren Rechten kamen, was auch durchgängig erreicht wurde. Mehrere Streitigkeiten wurden durch die Schlichtungskommission auf beiderseitige Eintracht und Frieden

Nur eine strikte Angelegenheit, die für unsere Kollegen von hoher Bedeutung ist, schreibt noch: Es handelt sich darum, ob ein Arbeiter verpflichtet ist, bei ordnungsmäßiger Entbindung seine Papiere und seinen Lohn aus dem Bureau des Unternehmens abzuholen. Der Sachverhalt ist folgender: Am 24. August hat ein Kollege wegen schlechter Behandlung seitens des Polters gefündigt, so daß am 29. August, abends, das Arbeitsverhältnis gelöst wurde. Im Laufe des nachmittags am 29. August fragte der Polter den betreffenden Kollegen, ob er vielleicht etwas früher aufstehen wollte, damit er Papiere und Geld befordern könnte. Der Kollege erklärte: "nein, ich arbeite bis Arbeitsende". Am selben Abend erhielten die übrigen Kollegen die fällige Höchstgutszahlung, aber der Kollege, der gefündigt hatte, erhielt weder Lohn noch Papiere. Daß der Kollege sich erheitert darüber war, kann man verstehen, und so erklärte er, der Unternehmer müsse ihm nunmehr Geld und Papiere zufinden. Da der Kollege am Montag andere Arbeit in Gelsenberg erhalten hatte, war er geneigt, am Dienstag Papiere und Lohn zu holen, wodurch er das Dreiheces für 5½ Stunden = M. 281 verlustig ging. Da der betreffende Unternehmer sich weigerte, dies zu bezahlen, so wurde die Angelegenheit der Schlichtungskommission zur Entscheidung überwiesen. Der Kollege hatte mit noch zehn Mauern und fünf Bauhülfsarbeiten an einem vierstöckigen Neubau gearbeitet. Bei Erörterung der Frage, ob er verpflichtet sei, Papiere und Lohn aus dem Bureau des Unternehmers abzuholen, erklärte Herr Blatté, der Vorsitzende der Ortsgruppe des Arbeitsgerichtsverbandes in Hagen, selbstverständlich, daß wäre eine kleine vorübergehende Arbeit. Obwohl Kollege Dege Herrn Blatté zu verstehen gab, daß ein Neubau von vier Etagen, doch seine kleine Arbeit sei und nicht unter den dritten Abfall des 6. falle, scharrte Herr Blatté auf seinem Standpunkt. Weiter mit einem solchen Unternehmer zu diskutieren, hieße gegen Windmühlen kämpfen. Eine Besatzungsgruppe ist und bleibt gegen den Herrn Blatté. Die Schlichtungskommission beschloß unter Widerspruch des Herrn Blatté und des Beklagten, der eingeklagte Arbeitsbedienstete sei auszuzahlen. Der betreffende Unternehmer fügte sich dem Beschuße nicht, so daß diese Angelegenheit bei dem Eingangsamt liegt. An Versammlungen wurden im dritten Quartal abgehalten: 4 öffentliche und 43 Mittäler.

Wahltag und 25. Mitgliederversammlungen, außerdem wurden 66 Agitationstouren unternommen. Kollege Dege sprach noch eingehend über den neuen Tarif und gab bekannt, dass Sonntag, den 8. November im ganzen Gebiet eine Bildertortolle, sowie eine nochmalige Hausagitation stattfinden. Den Kassenbericht erstellte Kollege Seppehl. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptklasse beträgt M 3034,40. Die Tafelauflage hatte eine Einnahme von M 1519,35 und eine Ausgabe von M 1786,63, so dass ein Kassenbestand von M 142,72 vorhanden ist. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalsende 658. Kollege Wilhelm Schäfer teilte der Versammlung mit, dass die Hagenes Textilindustrie ihnen 28 Mautern erlässt habe, doch der Schichtlohn von M 4,40 pro Tag nicht mehr gezahlt werden könnte, aber noch für M 3,20 pro Schicht arbeiten wolle, könnte weiter arbeiten, sonst sei hierdurch die Kündigung ausgesprochen. (Natürlich kommen nur Unorganisierte in Betracht.) Be-
schlossen wurde gegen vier Stimmen, in den beitzagsfreien Monaten Dezember, Januar und Februar einen Winterbeitztag von 10 J. pro Woche zu erheben. Einige Kollegen von Gevelsberg glaubten bei diesem Punkte eine Benefizierung vorstellen zu müssen, wurden aber vom Kollegen Berndt sowie vom Vorsitzenden gebührend abgeführt. In einem kräftigen Schlusswort wurde die anstehende Versammlung gelobt.

Serme-Recklinghausen. Die Konjunktur war im zweiten Quartal ziemlich aufriedenstellend. Bei der Aufnahme der Bautenstatistik wurden insgesamt gezählt 1970 Saurer, die auf 897 Bauten beschäftigt waren. Von den

897 Bauten waren 253 Koloniebauten und nur 144 Privatbauten. Man sieht, die Privatbautätigkeit war nur gering, obwohl die Wohnungsnöte hier groß waren. Die letztere Tatsache berechtigt zu der Hoffnung, daß die Bautätigkeit in der Folge auf sein wird. Der guten Konjunktur einprägt auch die Entwicklung der Organisation. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 934. Als direktiv organisiert wurden 843 geblieben; während circa 200 Maurer unorganisiert sind. Der Matrikelverlauf betrug im J. 11 683 gebürgt. M. 9794 im dritten Quartal 1907. Neuangenommen wurden 142 Mitglieder, wovon 7 zum zweiten Male, und 18 traten von anderen Organisationen zu uns über. Die Einnahmen für die Haupthilfe betragen M. 6985,25, die Einnahme für das Losfestsatz einheitlich des Losfestsatzbestandes vom zweiten Quartal in Höhe von M. 2810,22 M. 5830,90; die Ausgaben M. 2078,32; der Rattenbestand beträgt M. 3752,88. An den Taxifahrtricht können sich die Unternehmer immer noch nicht gewöhnen, wenigstens soweit er ihnen Pflichten auferlegt. So mußten wir, die Unternehmer in Herne erstmals durch einen Vortrag erläutern, den Lohn von 55,- zu zahlen. Ein Taxistop mußte über die Unternehmer Belleuer, Klein und Lampert, die Sperrre verhängt werden, weil sie sich ebenfalls weigerten, den Lohn von 55,- zu zahlen. Klein und Lampert haben mittlerweile bewilligt, Belleuer jedoch hat leider Streitbrecher in genügender Zahl gefunden. Die Sperrre gegen B. bleibt bestehen. Der Unternehmer Voigt in Habilingshorst glaubte Lohn nach "Leistung" zahlten zu müssen. Eine Reihe Klagen am Schwergericht belehrte ihn eines anderen. Außer diesen Klagen waren noch gegen mehrere Unternehmer Klagen wegen Lohnforderungen anstrengend. Insgesamt klagten 17 Kollegen gegen 10 Unternehmer um eine Summe von M. 230,48. Eriegdet sind 12 Klagen, 5 schweben noch. Von den 12 erledigten Klagen fielen 11 zu Gunsten der Kollegen aus, wodurch der Kollegen M. 177 gerechtet wurden. Der Bauarbeiterfrage liegt hier immer noch sehr im Auge, wenn auch eine geringe Besserung zu erkennen ist. Um die Unternehmer auch nur zu dem dringenden Notwendigen anzuhalten, wurden mehrere Strafmaßnahmen erlassen. Die verhängten Strafmaßnahmen äußerten denn auch geringe Besserung. Würden unsere Kollegen alle Berufsschule der Unternehmer dem Zweigverein melden, so würde es besser möglich sein, eine Besserung herzuführen. Hoffen wir in dieser Bezeichnung von der Zukunft das Beste.

Küssingen. Am 1. Juli kündigte der hiesige Zweckverein seinen am 1. Oktober ablaufenden Vertrag und verlangte von den Unternehmern bis längstens 15. September eine Antwort. Gest ist der Oktober vorüber, und immer noch haben wir keine Antwort erhalten. Da nun der Vertrag gefündigt ist, so glauben die Unternehmer Heil und Hippeler, den Stundenlohn von 40,- auf 38,- fürzten zu können. Fragen wir nun, worauf das liegt, so brauchen wir da nicht lange zu suchen, die Antwort ist bald gegeben: Es fehlt an einer den Unternehmern Reihet einflöschenden Organisation. Die in hiesiger Gegend beschäftigten Maurer wollen es nicht besser haben. Statt sich mit ihren Fleischgenossen im Verbande zusammenzufinden, statt ihrer Verbandsbeiträge zu zahlen und an der Ausbreitung des Verbandes mitzuwirken, geben sie hin und arbeiten entgegen den Vertragsbestimmungen. Wenn die guten Leute nun glauben, hierbei besser zu fahren, so iren sie sich aber gewislich. Wenn diese Leute gut rednen könnten, so wollen wir ihnen zeigen, wieviel sie wöchentlich ihrem Unternehmer in die Tasche schieben. 40,- werden jede Woche an den Verband geahlt und für 38,- pro Stunde arbeiten sie, das macht täglich bei zehnständiger Arbeitszeit pro Mann und Woche einen Minder verdienst von 1,- 20,- 40 Maurer sind dort beschäftigt, so macht das von den 40 Maurern jede Woche 1,- 48 aus. Diese Leute haben also keine 40,- für die Vertretung ihrer Interessen übrig, aber sie bringen es ohne Rat fertig, 2,- unter Vertragslohn zu arbeiten und den Unternehmern alle Woche 1,- 48 in die Tasche zu schieben. Anders macht es der Unternehmer Anton Schif. Dieser hat eine Partie gut christlicher Maurer, die übernehmen jede Arbeit in Ufford, und wenn sie nicht alles bewältigen können, so nimmt der Unternehmer zur Aushilfe noch ein paar andre Maurer. Wenn nur die meiste Arbeit fertiggestellt ist, so werden sie wieder ohne weiteres auf die Strafe gesetzt. Dies Vorgehen unserer Unternehmer zeigt uns, wie sie danach trachten, die Arbeitsbedingungen auf verschlechtern, und wie es ihnen möglich ist, weil die starke Organisation in Küssingen fehlt, die ihnen allein ihr kriegerisches Handwerk legen könnte. Das sollte den Kollegen zu densus geben und sollte sie veranlassen, tatkräftig für die Organisation einzutreten. Was aber unsere Unternehmer jetzt tun, das soll ihnen untergeissen bleiben. Nach dieser Zeit kommt eine andere, und dann soll's ihnen beigeahlt werden, was sie jetzt an uns frebeln - wenn die Küssinger Maurer bis dahin alle Männer geworden sind.

König. In der Abrechnung des Zweigvereins (vorige Nummer) steht zu lesen, daß man für Beleuchtung M. 75 ausgegeben hätte; dafs hierin ein Vereinsvorstand hält es für notwendig, daß hierin zu berichtigien, dafs es nur M. 75 ist.

Kronach. Zu der am 24. Oktober abgehaltenen Versammlung war noch nicht einmal die Hälfte aller Mitglieder erschienen, obwohl alle durch Briefe eingeladen worden waren. Manche Kollegen sind mit ihren Beiträgen noch stark im Rückstand und trauen sich deshalb nicht zu kommen. Der wichtigste Beschluss war, im nächsten Jahre einen Beitrag von 40,- die Woche zu erheben, damit die besonderen Leistungen für die Volksaufklärung und für das Arbeiterselbstverständnis wogefallen können. Die Beiträge für das Setzertariat sind nämlich sehr schlecht eingegangen, so dass man im Kartell schon etwas, ob man unseren Zweigverein nicht einfach streichen wollte. In derbeitragsfreien Zeit soll ein Solzialbeitrag von 10,- die Woche gegenläufig werden. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal, wobei bekannt wurde, dass die Revisoren wieder ihre Pflicht nicht getan haben.

Leipzig. Am 8. November tagte im Volkshause die Mitgliederversammlung des Zweigvereins. Kollege Koch hielt einen Vortrag: „Ist die Wohnungsfrage eine Kulturstaffrage?“ Der sehr lehrreiche Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Nachdem gab Kolleg Scheibe den Fest-...

Bericht vom 3. Quartal. Die Hauptfasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit M 34.323,06. Die Lofalstasse hatte eine Einnahme von M 30.651,57, eine Ausgabe von M 30.997,79; bleibt Kassenbestand M 83.751,78. Der Revisor Kollege Junold hatte einiges an der Abrechnung auszutragen. Unter anderem beanstandete er die Ausgabe für ein Bild vom Verbandsstag. Die Revisoren Junold und Bechstädt stellten den Antrag: Die Versammlung möge befürchten, daß der Verteiler des Bildes M 2,50 an die Lofalstasse zurückzuzurichten hat. Dieser Antrag wurde von der Versammlung abgelehnt. Nunmehr wurde auf Antrag des Kollegen Bechstädt die Abrechnung für richtig befunden. Die Angelegenheit Meier führte Jacob, da der Kollege Jacob nicht anwesend sein konnte, zurückgeführt. Die Versammlung stimmte zu, daß M 75 für Bibliothekswieder an das Kartell abgeführt werden. Der Kollege Berthold gab noch bekannt, daß Blauesche Kollegen sich darüber beschwerten, daß auswärtige Kollegen, darunter auch Leipziger, in Bad Elster arbeiten, ohne sich um die Agitation und Organisation am Orte zu kümmern. Diese Laune wurde vom Vorsitzenden sehr getragen.

Vereinigung. In dem letzten Versammlungsbericht vom 29. September wurde gefragt, daß der Maurerknöpfle ausgeklammert wurde, weil er auf gesperrten Bauten arbeite. Das ist ein Versehen des Schriftführers. Er ist ausgeklammert worden, weil er Uebertreibungen gemacht hat.

Münster i. W. Sonntag, den 1. November, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der zunächst der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal verlas. Entlastung konnte dem Kassierer jedoch nicht erteilt werden, weil von den Stoffen keine zur Verantwortung anwendbar waren. Die Abrechnung an sich war jedoch zufriedenstellend. Sobann referierte Kollege Zweckaus. Er führt aus, daß infolge des hier für uns herrschenden Lofalmangels schon im vorigen Jahre im Kartell der Vertrag geschlossen worden sei, daß jede dem Kartell angehörige Gewerkschaft M 3 pro Mitglied an die Lofalstommision zu zahlen habe. Dieser Vertrag, der von allen Gewerkschaften gutgeheißen wurde, wurde jedoch, und auch bei den Kaufmännern, sehr wenig beachtet. Zur eingehenderen Besprechung der Anwendung der Rottweiligkeit der Zahlung des Beitrags vor Augen und unterbreitete am Schluß seiner Ausführungen den Mitgliedern folgenden Antrag: „Die Versammlung erklärt sich mit dem früher geschaffenen Vertrag einverstanden und verpflichtet, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß der festgesetzte Beitrag von allen Mitgliedern soviel wie möglich geahndet wird.“ Der Antrag fand nach lebhafter Debatte einstimmig Annahme. Dieser Vertrag soll im „Grundstein“ veröffentlicht und den Mitgliedern durch Handzettel noch befreitlich gegeben werden. Die Auszahlung der Reiseunterstützung geschieht wie früher beim Kassierer, Kollegen Schlauch, Hoppengasse 12.

Posen. Am 28. Oktober fand im Verkehrslokal „Schweizercafé“ die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins statt. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vortrag über „Gemeinnützige Gewerkschaften und kapitalistische Gesellschaftsordnung“, wurde auf Vortrag des Vorsitzenden der Tagesordnung abgestellt. Der dann erhaltene Rosenbericht vom dritten Quartal verzeichnete eine Einnahme für die Hauptfasse von M 4442,95. Davor sind an die Hauptfasse gesandt M 2219,93, für Circus ausgegeben M 2400, für Rechtsrat und Unterstützung der Familie eines inhaftierten Kollegen M 218,05, für Krankenunterstützung an 31 Mitglieder M 589,25, Sterbeunterstützung an 8 Mitglieder M 307,50. Der Lofalstasse wurden M 1030,22 überwiesen. Die Lofalstasse hatte, einschließlich des Bestandes vom zweiten Quartal, eine Einnahme von M 4204,16, der eine Ausgabe von M 1431,34 gegenübersteht. Es verbleibt ein Kassenbestand von M 2772,82. Unter den Ausgaben befinden sich M 300 als Notfallunterstützung an 20 Mitgliedern, die als Kindersterbeunterstützung geahndet wurden. Die Revisoren gänzten durch Abweisenheit und so mußte ihre Unterschrift als Bestätigung anerkannt werden; der Revisor Borowicz hatte aber auch bei der Abrechnung unentzündlich gefehlt. Den Bericht der Kommission zur Sanierung der Lofalstasse erstattete Kollege A. Ratuszny. Er führte aus: Die Kommission habe den Stand der Lofalstasse geprüft und sei zu dem Ergebnis gelangt, daß die in diesem Jahre eingeführte Kindersterbeunterstützung nicht beibehalten werden könne. An den übrigen Ausgaben könne nicht gespart werden, wenn der Zweigverein seine ihm gestellten Aufgaben erfüllen solle. Die Kommission schlägt deshalb vor: „Vom 1. Dezember 1908 ab gewährt der Zweigverein Posen keine außerstatutarischen Unterstützungen. Die vertraglichweise eingeführte Kindersterbeunterstützung wird mit dem 1. Dezember dieses Jahres wieder aufgehoben.“ Die Diskussion war lebhaft. Einige Diskussionsredner sahen ein und hoben es auch hervor, daß der Verband kein Versorgungsinstitut sein würde und daß die Lofalstasse für eventuelle Kriegszeiten gefüllt sein müsse, um die Kollegen bei Streiks möglichst ausreichend unterstützen zu können. Andere Diskussionsredner dagegen konnten über den zu zahlenden Lofalstuschlag von 5,- pro Woche nicht hinwegkommen. Demgegenüber betonte der Vorsitzende, die Kollegen möchten das Jahr 1907 einsehen, dort würden sie finden, daß im Jahre 1907 287 Zweigvereine mit 124.501 Mitgliedern örtliche Zusatzbeiträge erhoben, davon 195 Zweigvereine wöchentlich 5,- und 72 Vereine über 5 bis 25,-. Die übermäßige Beistung des Zweigvereins Posen dürfe demnach nicht besonders belohnt werden. Der von der Kommission und oben bereits erwähnte Antrag wurde darauf gegen drei Stimmen angenommen. Hierauf wurde Kollege Leo Czochowski an Stelle des Kollegen Alida, der zur Zeit die Vorsitzende bekleidet, als Delegierter zum Gewerkschaftskartell gewählt. Ferner wurde Kollege Czochowski beauftragt, vom 1. November bis 14. Dezember die Zweigvereinsgeschäfte zu führen, da Kollege Schulz während dieser Zeit die Gewerkschaftskartei besucht. Ferner berichtete Kollege Schulz über einen eigenartigen Unglücksfall. Auf dem im Ausbau begriffenen polnischen Museum war Kollege Stanislaus Komornicki, der erst eine Woche vom Militär entlassen war, mit Arbeiten im Raumkabinett der Dammspeisung beschäftigt; die Büge waren abgesetzt, wurden aber, wie angegeben wird, geöffnet und die Büge gingen in den

Rauchfang. Komornicki konnte sich nicht mehr in Sicherheit bringen und so wurde er als Leiche herabgezogen. Wen die Schuld an diesem Unfall trifft, muß die eingeleitete Untersuchung ergeben. Dem imvalabilen Vater Komornickis wurden aus der Lofalstasse M 10 bewilligt. Nach einigen Scharzen aber aufzutretenden Schlussbemerkungen des Vorsitzenden, in denen er zur weiteren kollektiven Zusammenarbeit aufforderte, wurde die Versammlung geschlossen.

Nürnberg. Am 1. November hielt unser Ameikerverein seine Mitgliederversammlung ab; trotz der reichhaltigen und belebenden Tagesordnung waren nur 15 Kollegen erschienen. Es wäre wünschenswert, wenn die Kollegen, die nach einer Versammlung auf den Bauten nötigsten, in den Versammlungen erscheinen und sich da aussprechen würden. Zunächst verlas Kollege Hirt die Abrechnung vom dritten Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Declaratio erteilt. Im dritten Punkt „Vertriebenes“, wurde über das Fortbestehen der Sperr-Hölzle in Ahrensburg debattiert und einstimmig beschlossen, die Sperr bestehen zu lassen. Auch der Unternehmer Herrn Den in Damgarten bezahlte den neuen Lohnsatz nicht. Als Begründung führt dieser Herr an, daß hätten ihm der Vertrag nicht zugestanden. Von der Versammlung wurde dies als Ausrede angenommen, und der Vorsitzende beauftragt, die nötigen Schritte in dieser Sache zu tun. Weiter wurde noch gezeigt, daß einige Kollegen nicht dafür streben, die jüngeren Kollegen, die jetzt ausgelernt haben, unserer Organisation zuzuführen. Hierauf erstattete Kollege Hollenbach Bericht von der Gaukongress. Der Bericht wurde mit großem Beifall entgegengenommen und dem Berichterstatter reiche Anerkennung gezollt. Auch in dieser Versammlung wurde über die Laune der Nürnberger Kollegen debattiert. Wir wollen unseren Kollegen hierdurch ans Herz legen, sich etwas mehr an dem Ausbau unserer Organisation zu beteiligen, damit wir zu jeder Stunde allen Machtkräften der Unternehmer widerstehen können.

Schlesien. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung tagte am 25. Oktober. Der Schriftführer rißte den schlechten Versammlungsbefund, von 200 der Zahlstellen angehörenden Kollegen seien durchschnittlich höchstens 30 anwendend. Redner war in der Meinung, daß etwas getan werden muß, um den Versammlungsbefund zu heben. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal. Es ergab einen Lofalstassenbestand von M 1403,14. An Kranengeld wurden über M 200 ausgezahlt. Hierauf gab Kollege Maas den Bericht vom Verbandsstag. In den Bericht knüppte sich eine lebhafte Diskussion. Verschiedene Kollegen waren der Meinung, der Hauptvorstand hätte erst den Verbandsstag einberufen müssen, ehe er seine Zustimmung zu dem Tarif gab. Auch der Vorsitzende über die Kassierer könnte etwas anders einsehen, so führe er nur zur Verschleppung des Weltfeiertags. Es könnte wohl eine kleine Unterstüzung für gemahngelte Kollegen gezahlt werden. Jedoch wurde von anderen Kollegen erläutert, daß wir bis jetzt ohne Unterstüzung den Weltfeiertag durch Arbeitsruhe hochgehalten hätten, und wenn die Kollegen den guten Willen hätten, würde auch ohne Unterstüzung der 1. Mai gefeiert werden können. Um den Versammlungsbefund zu heben, wurde beantragt, wissenschaftliche Vorträge halten zu lassen. Dieser Antrag wurde gutgeachtet. In der nächsten Versammlung spricht Geno Böhni über Friedrich Engels. Nunmehr gab der Gemeinnützige Gewerkschaftsdelegierte seinen Bericht. Er erwähnte der Rednerin, die bis jetzt einen guten Erfolg aufweist. Das Gemeinnützige ergab einen Überdruck von M 72,39. Hierauf erklärte der Vorsitzende die Mitglieder, für die nächste Versammlung, die am 29. November stattfindet, zu agitieren.

Silberbrunn. Am 31. Oktober tagte unsere Zweigvereinsversammlung, die zunächst, nach einer Begründung des dahingehenden Antrages durch den Vorsitzenden, den Vorschluß sohle, in dem letzten vier Wochen des laufenden Jahres je eine Lofalfondsmarke zu steuern. Darauf hielt Kollege Höber einen Vortrag über die Krisen- und Wirkungen der Wirtschaftskrise. In „Verschiedenes“ kamen Tarifübereinstimmungen bei der Lohnzulage und bei der Tarifförderung zur Sprache. Die Aussprache fand in der einmütigen Verurteilung der Tarifförderung ihren Abschluß. Sobann wurde den Kollegen Bonen angeregt, mehr Gewicht darauf zu legen, daß der Lohn auch wirklich vor Feierabend auf der Baustelle ausbezahlt würde, wie es verlangt ist, und daß die Kollegen nicht zum Konto läufeln, um sich den Lohn zu holen. Darauf folgte sich eine Kritik der Zustände auf den Bauten. Mit einer anfeuernden Ansprache des Kollegen Höber fand die diesmal von 32 Kollegen (48 Mitglieder) besuchte Versammlung ihr Ende.

Isolierer und Steinholzleger.

Cöln. Die am 1. November im „Bolschau“ abgehaltene Versammlung beschäftigte sich besonders mit dem Abwehrstreit bei den Körleithwerken. Es haben sich tatsächlich drei Kollegen gefunden, die der Firma auf Grund des bestätigtende Musterkartei Kästenherstellerleistung leisten. Es sind dies folgende Personen: Wilhelm Fröhlich, Cöln, Kriegerwall 12, 1. Et., als Hülfsschreiber; Fritz Zöhl, Cöln, Böhlauerstr. 19, 3. Et., früher Bergarbeiter und Hülfsschreiber, jetzt als Leder; Conrad, ebenfalls ein Bergarbeiter, fungiert jetzt als Leder. Die Dienste dieser „Kette“ wird die Firma bald genug an ihrem Geldfad spüren. Die Kästenherstellung, speziell die Kästenherstellung, Cöln und Umgegend bitten wir, sich diese Helden gut zu merken. Ganz billigte die Versammlung die Vorschläge des Vorstandes in bezug auf die weitere Führung des Kampfes. Die Berichte der Geschäftsführung über den Ausfall des Streiks in Cöln und über den Arbeitsschaden nahm die Versammlung ohne Einwendungen entgegen. Den früheren Vorsitzenden Straubin wurden nochmals acht Tage Zeit zur Erklärung und zur Abfertigung gelassen, da er sich augenblicklich austärkte befinden soll. Einstimmig wurde beslossen: Jeder austärtige arbeitende Kollege ist verpflichtet, sofort seine genaue Adresse an den ersten Vorsitzenden respektive an das angegebene Verkehrslokal zu berichten. Außerdem hat er beim Freihand zur Versammlung triftige Entschuldigungsgründe anzugeben. Von jetzt an sollen die unentzündlichen Versammlungsschwänzer ohne Rückicht öffentlich benanntgegeben werden. Das Restaurant

von Josef Müller, Hahnstraße am Hahnenktor, wurde einstimmig als unser Verkehrslokal bestimmt, wo auch zu jeder Zeit Marken zu haben sind. Unsere Monatssversammlungen finden jetzt regelmäßig jeden letzten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, im „Bolschau“. Sehrinfraße statt. Besondere Einladungen werden dazu nicht mehr versandt.

Halle a. d. S. Die heutigen Isolierer hielten am 25. Oktober ihre Generalversammlung ab. Nachdem der Kassenbericht gegeben, der von den Revisoren für richtig befunden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann beschäftigte man sich mit der Umgehung des Arbeitsnachweises durch die Isolierer Bremse aus Leipzig. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Vorstand unserer Brudervereinigung in Leipzig zur Unterstüzung zu übertragen. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß der Kollege Fritz Georgius bereits seit August wieder dem Verband angehört. Die nächste Versammlung findet am 22. November statt.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 1. bis 7. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Bremen M. 400, Moorbürg 200, Süderholz 200, Blomberg 150, Johannisthal 100, Schießlein 100, Görslig 100, Jeßnitz (bei Halle) 100, Geisnitz 100, Bungenfelsa 100, Hohenlata 100, Summa M. 1640.

Zuwürfe erhielten: Halle a. d. S. M. 400, Münster i. W. 150, Bamberg 100, Eichen 100, Wiesbaden 100, Königsberg i. Pr. 100, Quedlinburg 100, Stralsburg i. El. 100, Düsseldorf 100, Gaggenau 100, Hagen i. W. 50, Simmern 100.

Altona, den 7. November 1908.

Karl Weiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterstüzt nie, von Unfällen, Vauninstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vor kommuniten auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Cöln. Erst vor einigen Wochen hat sich am Neubau des Oberlandesgerichts ein schwerer Unglücksfall, der den Tod eines Kollegen herbeiführte, zugetreten. Damals wollten die bayerischen Unternehmer eine allgemeine Auspeirung vornehmen und zwar, weil mehrere Arbeiter, angeblich unentzündlich, von der Arbeit fernblieben, um zur Beerdigung des verunglückten Kollegen zu gehen. Deshalb wurden sie anderen Tages entlassen, worauf die Baustelle gesperrt wurde. Heute müssen wir wieder zwei Unglücksfälle melden, die sich an denselben Bau ereignet haben. Am 4. November verunglückte zunächst ein Hülfsschreiber dadurch, daß er mit dem Gerät zusammenbrach und von der Höhe des ersten Stocks herunterstürzte. Er erlitt einen Beinbruch und andere Verletzungen und mußte ins Hospital gebracht werden. Am selben Nachmittage erlitt ein Zimmerer eine schwere Handverletzung, wodurch er gleichfalls arbeitsunfähig wurde. Es sind dies nicht die einzigen Unfälle, sondern vorher sind schon mehr oder weniger schwere Verletzungen dort vorgekommen, so daß es wahrscheinlich bald einmal an der Zeit wäre, daß dem Treiben auf der Baustelle von maßgebender Stelle ein Paroli geboten würde. Baubert ist in die Regierung. Da sollte man doch wohl annehmen können, daß hier mehr auf Leben und Gefundheit der Bauarbeiter geachtet würde, aber das Gegenteil trifft zu. Die Haupthausdampf an dem verhältnismäßig vielen Unglücksfällen trägt die auf diesen Bau in Blüte stehende Aufforderung. Da hierdurch eine überstatische Arbeitsweise großgezogen wird, ist mehr als bereitst. Und da dadurch die Zahl der Unglücksfälle ganz gewaltig gefeiert wird, hat die Erfahrung gelehrt. Da muß es Blüte unserer Kollegen sein, Einrichtungen, die einem geregelten Verhältnis widersprechen, zu befreit. Dies ist aber nur da möglich, wo alles organisiert ist und jeder weiß, was eine Arbeitserorganisation leisten kann. Ein weiterer schwerer Unglücksfall hat sich am 7. November; kurz vor Feierabend, abermals am Neubau des Oberlandesgerichts ereignet, indem unser Kollege Heinrich Schmidhärt in der Höhe der zweiten Etage abfiel und einen schweren Schädelbruch mitmachlich auch einen doppelten Beinbruch und sonstige Verletzungen erlitt. Die Ursachen einer derartigen Wirtschaft haben wir bereits zum Teil in obiger Notiz gebracht. An der Bauarbeiterfront wird es nun liegen, sich einmal eingehend mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Karlsruhe a. d. S. Am 7. November ereignete sich auf dem von der Firma Böttcher & Co, Leipzig, ausgeführten Neubau der Bemantfabrik Steubniz ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Kollege Max Banse stürzte beim Anbringen eines Auslegers zum Aufwinden von Material aus einer Höhe von 20 m so unglücklich in die Tiefe, daß er mit zerstörtem Schädel liegen blieb und sofort tot war. Soweit die Bemantfabrik Kollegen aus Mitleidenschaften anfertigen kann, trifft bei diesem Unglücksfall die Firma und ihre Angehörigen keine Schuld. Es wird uns versichert, daß die Berufe und das dazu verwendete Material in bester Ordnung sind. Das Unglück dürfte lediglich durch einen Fehltritt des Kollegen herbeigeführt sein.

Saarweld a. d. S. Die Kollegen Hammer und Schierhorn waren damit beauftragt, in dem Holzgängewerk von Bissig an den Maschinendämmen Änderungen vorzunehmen. Am 3. November überließ man von 9 Uhr morgens an die Maschinen zu laufen. Dabei wurde Kollege Schierhorn von der Welle erfaßt und mehrmals herumgewirbelt. Auch Hammer wurde getroffen. Auf dessen Schierhorn stellte man das Werk ab, aber als man Schierhorn aus seiner furchterlichen Woge befreite, war es schon zu spät. Nach

einigen unverständlichen Worten war er tot; er hinterläßt Frau und Kind.

* **Opfer der Betonfusicherei.** Am 29. Oktober starzte auf dem Poschelschen Neubau in Lübeck eine Betondeinde ein und verschüttete drei Arbeiter, von denen nach einer Stunde zwei tot und einer schwer verletzt herabgezogen wurden. Die ausführende Firma ist Hohenreich & Co. Die eingeleitete Untersuchung ist — wir kennen die übliche Redensart. Der Unfall weist erneut auf die Notwendigkeit hin, die Ausführungsbestimmungen für Betonarbeiten schärfer zu fassen und vor allem die Ausführung scharfer zu kontrollieren. Denn nirgend wird soviel gepfuscht wie beim Betonbau.

* **Frauenarbeit auf Bauten.** In der Reichstagskommission zur Abänderung der Gewerbeordnung brachte das Zentrum einen Antrag auf Verbot der Frauenarbeit auf Bauten ein. Von dem Verteilte der Regierung wurden dagegen Widerstände erhoben; wenigstens durfte das Reinigen von Bauten den Frauen nicht untersagt werden. Die Zentrumsmitglieder änderten daraufhin ihren Antrag dahin, ab daß die Verwendung der Frauen für den Transport des Materials auf Bauten untersagt werden solle. Für diesen Antrag trat das sozialdemokratische Mitglied der Kommission Abgeordneter Robert Schmidt ein, unter der Motivierung, daß die Arbeit des Mörtel- und Steinstragens auf Bauten für die Frauen in hohem Maße gesundheitsgefährlich sei und deshalb geleglicher Schuh dagegen gewahrt werden müsse. Der Zentrumsantrag wurde mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen, wonach seine Annahme auch im Plenum als gesichert erscheint.

***Ueber die Bautätigkeit** wie sie Ende Oktober war, gibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ folgenden Ueberblick, der zum größten Teil auch unsere Beobachtungen bestätigt: So matt, wie im laufenden Jahr die Bautätigkeit eingetellt hatte, endet auch die diesjährige Kampagne. Es ist vielfach schon fast winterliche Ruhe eingetreten und eine willkürliche Herabstufung magte sich nur sehr vereinzelt in wenigen Gegenden bemerkbar. Auch auf dem platten Lande hat die Bautätigkeit während und nach der Ernte ganz erheblich nachgelassen, so daß die Verhältnisse gegenüber dem Geschäftsjahr im Vorjahr merklich abfällt. Vor allem zeigt die Lage des Arbeitsmarktes den Rückgang der Bautätigkeit sehr deutlich. Das Gebot von Arbeitskräften, hinein zu müssen, um anfangs stark über die Nachfrage hinweg zu treten, geht andauernd

Nr. 46. Der Gründstein. 1908.

reiches Sachsen ist Chemnitz zu nennen, wo eine leichte Herbstbelebung sich eingestellt hat. In Leipzig und Dresden aber ist von einer Bunahe nichts zu spüren. Als gerade frostlos wird die Bautätigkeit in Braunschweig bezeichnet. Nach den langen und schweren Depressionen im Baugewerbe haben in Land-Berlin einsetzt, hat der Herbst eine unerhoffte, wenn auch nur geringe Belebung gebracht. In Dortmund hat die Zahl der nachgezogenen Baugenehmigungen im dritten Jahresviertel eine ansehnliche Zunahme erfahren, und nicht das allein; es wird tatsächlich in den Herbstmonaten wieder merklich flotter gebaut. Zum Teil hat die außerordentlich günstige Witterung die Belebung veranlaßt. In Oldenland zwar ist zwar die private Bautätigkeit nach wie vor schwach, aber für öffentliche Zwecke wird auffallend rege gebaut. Die gleiche gegenwärtige Entwicklung von privater und öffentlicher Bautätigkeit zeigt sich in Bielefeld und Hamm. Neuzeitlich unbedingt ist in der Umfang der Bautätigkeit in Bochum, wo gut wie alle Herbstbauteile in Angriff genommen worden sind.

* **Bautätigkeit in Dortmund von 1900—1907**
Der „Dortmunder Zeitung“ wird über die Bautätigkeit in dem obengenannten Zeitraum berichtet: Es wurden Bauscheine erteilt im Jahre

1900.....	944;	davon für Wohnhäuser	188
1901.....	881;	"	224
1902.....	884;	"	266
1903.....	990;	"	313
1904.....	1238;	"	441
1905.....	1403;	"	468
1906.....	1641;	"	575
1907.....	1182;	"	270

Die Ressourcen für "Böhmebande" betragen: 1900 M. 7 520 000, 1901 M. 9 780 000, 1902 M. 10 640 000, 1903 M. 12 520 000, 1904 M. 17 640 000, 1905 M. 17 920 000, 1906 M. 28 000 000, 1907 M. 18 800 000.

Belebung der Bauertäitigkeit in Berlin? In vielerlei Blättern lesen wir, daß die Bauertäitigkeit im nächsten Frühjahr jedesfalls einen großen Aufschwung nehmen werde. Am September- und Oktober-^d d. J. sind allein 250 Baueraubnisse ertheilt worden, wovon sich 100 auf Abbrüche und 150 auf politischändige Neubauten begeben. Besonders solle im Norden gebaut werden. Diese Befürchtung ist natürlich mit großer Vorliebt zu genießen, und selbst wenn sie wahr wäre, so wäre damit noch lange nicht gejagt, daß nun die erteilten Baueraubnisse auch benutzt werden.

Bayerische Baugewerksberufsgenossenschaft

Im März dieses Jahres erfuhr im bayerischen Landtag die bayerische Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft durch deren Kritik. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dorn wies der Genossenschaft eine Reihe der empörendsten Verschleppungen von Rentenfeststellungen nach, und nicht nur abgeordnete aller Parteien stossen sich dieser Kritik an, sondern auch der Regierungskommissar v. Müller, der zugleich Vorsteher des Landesversicherungsbamtes ist, fand die mit vollem Recht angegriffene Berufsgenossenschaft nicht in Schutz nehmen. Es war vorauszusehen, dass diese Kritik nicht ohne Wirkung bleiben werde, sie äufererte sich aber in der diesjährigen Delegiertenversammlung der Baugewerkschaftsgenossenschaft, die am 12. und 13. Oktober in München stattfand, in ganz anderer Form als man erwartet mochte. Es fiel den Delegierten gar nicht ein, anzunehmen, dass ihnen im Landtage mit Recht die Finger verklaut würden, sie schoben vielmehr alle Fehler, die sie nicht leugnen konnten, der früheren Vorstandshaft zu und weiterten dann besonders über den Regierungskommissar Müller, von dem sie ohne weiteres angenommen hatten, er werde mit ihnen, den kapitalstättigen Bauherrn und amtiellen Söhnen des Staates, durch dick und dünn gehen und Landtagsabgeordneten, die sich zu einer Kritik erstmals in solchen Kreisen gehabend, heimbringen.

Die frühere Vorstandshaft der Genossenschaft, man darf als bekannt voraussetzen, hat allerdings unter allem Lederweiterdaseit. Der in diesem Jahre verstorbene frühere Vorstand, Konstantin Heldenberg, starb seine M. 4000 Jahreshaft ein, ließ sich aber im Bureau nicht sehen, in dem alles unter und darüber ging. Güter wurden unterschlagen; ein Canaster wurde von einem Arznei bestohlen, damit er recht viele Patienten in sein medico-mechanisches Institut schicke. Alten Kunden fahrlässig nicht erledigt und schließlich überlebt auf Speicher geschleppt, wo sie liegen blieben. Der Jahresrichter wurde berichterstett; so schwante die Kapitalabschöpfung an lästige Arbeitserlöse von 1904 bis 1907 zwischen M. 2000 und 4000, was die Norm zu sein scheint. Ein Jahr 1900 bezog aber diese Summe M. 18 402 und M. 28 081, sie war also fast doppelt so hoch. Man entzückt das fest mit einem Rechensfehler; der Staatsanwalt aber — wenn Ansprüche erstatut worden wären — würde vielleicht etwas anderes gefunden haben. Der Vorstand Heldenberg wurde schließlich freigesetzt; in der Delegiertenversammlung vom 12. Oktober, derer über sein Nachfolger Voigt gleichwohl die Anwesenden sich, dem Verkörpertem ein ehrwürdiges Andenken zu bewahren, und alles erhob sich feierlich, von den Eignen]

Schen wir nun zu, inwiefern sich die neue Vorstandshaft der Verwaltung gesetzert hat. Der Vorstand Voigt gab in seiner leitenden Stellung in der Delegiertenversammlung gleich den Ton an, die ganze Tagung dann befehlte. Wie die Herren gewohnt sind, an Arbeitern gegenüber den Standpunkt des Herrn im Hause zu strecken, genau so bewahrten sie sich gegenüber ihrer vorgelegten Forderungen. Wer auftritt, der fliegt aus, ist ihr Grundsatz. Weil der Vertreter des Landesversicherungsaus, v. Wüller, im Landtag nicht offenkundig hände eingefangen hat, darum wollten die Herren Genossenschaft dem Landesversicherungsaus einfach den Stuhl die Tür legen. Sie verlangten auf die Kritik im Landtag die Einigung einer Unterforschungskommission, auf der aber die vorgelegte Forderung, das Landesversicherungsaus, sondern Vertreter des Reichsversicherungsaus, zugezogen werden sollte. Der Minister lehnte übrigens eine derartige Bemühung und gab den Herren den Rat, sich bei anderen Genossenschaften umzusehen, um zu lernen, wie man zu verhalten habe. Die Herren der Genossenschaft wollten also das Landesversicherungsaus, dessen Vorsitzender im Landtag als Regierungskommissar nur seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan habe, von der Unterforschungskommission ausschließen. Und während der Debatte erklärte ein Delegierter unter dem Beifall

gegründet, wobei übrigens, man, soweit es offen steht, die bayerische Baumwollverarbeitungsgesellschaft lieber unter dem Reichsversicherungsaamt als unter dem Landesversicherungsaamt stehen wollte. Worauf sich diese Befürchtungen im Landtag von allen Parteien für höchst befundernden Genossenschaft zum Reichsversicherungsaamt gestützt, wurde nicht gelagert. Ein Schmeichelei ist übrigens diese Erklärung für das Reichsversicherungsaamt nicht, aber das Gegenteil.

Um zu beweisen, wie ungerecht das Landesversicherungsamt gewesen sei, erwähnte der Vorstand Voigt dann, dass das Landesversicherungsamt habe der Gründungshaft bei ihrem Umzug in das neue Haus nicht gefestigt, den Betrieb auf einige Tage einzuhören, obwohl man damals außer dem Umzug noch andere wichtige Arbeiten, insbesondere die Herausgabe des "Hochbaues", des Ausflugsstifts der bayerischen Baugenwerkschaftsgenossenschaft, zu leiten hatte. Die Herausgabe dieser Beitschrift hält als Herr Voigt für wichtiger als die Erledigung der laufenden Geschäfte, die Festlegung der Renten für arme Teufel, die ohnedies schon lange genug hingehalten wurden. Von seinen Standpunkte aus hatte übrigens Vorstand Voigt ganz recht; der "Hochbau" ist allerdings aus der Baugenwerkschaftsgenossenschaft etwas sehr wichtiges, denn er dient — wie Voigt später ruhig und herablassend — zu nichts anderem, als die vorgesetzte Behörde, das Landesversicherungsamt, einzuschützen. Der "Hochbau", legte er, ist unsere erste Waffe, ein Arispel im "Hochbau" ist dem Landesversicherungsamt mehr als eine Belästigung beim Landtag oder dem Ministerium. Nebenbei bemerkt, die Herren wissen, wie man sieht, die Macht der Presse zu schwächen, müssen die Arbeitnehmer von ihnen lernen und erkennen, dass auch ihre Verborgane eine Macht darstellen, die aber ebendamit von allen kritisch unterjocht werden müssen.

Herr Boigt galt seither dann in seiner Rede über zu den Hauptaufgaben der Ruhm und die erhielt er im Renten-
gut eingeschlossen. Um das richtig in großem Maßstabe befolgen
zu können, mabte der Vorstand die Delegierten, ja nicht am
unrechten Ort zu halten. Was darunter mag versteht ist, davon
ist später noch die Rede sein. Darunter mag hier ein Auszug
aus dem Jahresbericht für 1907 Platz finden: Nach dem Statistick
der Berufsgenossenschaft waren im Jahre 1907 75 274 Arbeiter
oder (bei einer Annahme von 220 Arbeitstagen) 102 605 Arbeiter
in den 13 427 Betrieben beschäftigt.¹¹ Als Lohn-
summe für das ganze Jahr wurden £ 82 409 238, somit gegen-
das Jahr 1906 ein Mehrbetrag von £ 10 149 470 nachgewiesen.
Im Jahre 1907 sind insgesamt 5552 Unfälle gegen 5199 im
Jahre 1906 angezeigt worden. Hiervon betrugen 61 Todes-
fälle, 996 Verlegerungen mit einer über 18 Wochen und 4798 Ver-
legerungen mit einer voransichtlich unter 18 Wochen dauernden
Erwerbsunfähigkeit. Seit Errichtung der Berufsgenossenschaft,
d. i. seit 1. Oktober 1885, wurden 91 801 Unfälle, darunter
1994 Todesfälle, angezeigt. Im Jahre 1907 wurden 20 Todes-
fälle und 598 sonstige Unfälle abgelehnt. Die Versicherungs-
anstalt, das Schmerzenkind der Baugewerbeberufsgenossenschaft,
in der die Delegierten und die Selbstversicherten verantagt sind,
richtet wiederum mit einem Defizit ab. Bei ihr wurden im
Jahre 1907 597 Unfälle angezeigt, nämlich 18 Todesfälle,
207 Verlegerungen mit einer über 18 Wochen und 372 Ver-
legerungen mit einer voransichtlich unter 18 Wochen dauernden
Erwerbsunfähigkeit.

Baumeister B r e c h e i s - H o f , der für die Rechnungsprüfungskommission referierte, schlug natürlich in die gleiche Reihe wie der Vorstand Voigt und hießt auf das Landesversicherungsamt und den Regierungskommissar v. Müller lobt. Ebenso beschwerte er sich über die unzureichende Behandlung der Landtagsabgeordneten; von den vielen Klagen, die im Landtag vorgetragen wurden, stellte er aber nur eine einzige richtig. Der Sozialdemokrat Dorn hatte nämlich an die Staatsregierung die Frage gerichtet, ob man sich im Landesversicherungsgesetz noch nicht weiter dafür interessiert habe, wo die M. 75 000 eingezogenen Beamten, die seineszeit bei der Gründung der Gewerbeberufsgemeinschaft von den Mitgliedern erfordert wurden, Bredeis berichtigte nun, daß diese M. 75 000 noch vorhanden sind und ebenfalls ein weiterer Überdruck von M. 8171,53, die seineszeit bei Gründung zu viel eingehoben worden seien. Den Überdruck habe man an die Unterbezirksräte nicht zurückzahlen können, weil diese zum Zeit verstorben oder verlogen waren. Allerdings lasse sich jetzt nicht mehr feststellen, ob nicht ein viel höherer Überdruck seineszeit vorhanden war, denn eines Tages seien die Büros überfüllt und nun gewesen, das sei aber zur Zeit des früheren Vorlaudes gewesen. Der Abgeordnete Dorn habe also gar nicht so sehr darüber gekriszt, als er die Staatsregierung auf seine aneilige Gesichts aufmerksam mache.

Und nun zu jenen Buntstiften, bei denen nach Ansicht des Vorstandes Voigt nicht am unredlichen Platz gehaftet werden sollte. Schon Voigt habe darauf aufmerksam gemacht, daß man in Zukunft die „sogenannten“ Invaliden mehr kontrollieren müsse, wobei man eine erhebliche Anzahl von Renten auspionieren könnte. Der Maternelster Stolz, der sich von einem everschleidlich organisierten Arbeiter zu einem Schmarotzer auf besonderer Stütze entwidmet hat, beantragt nun „5.000 für einen Bericht über das soziale in den Städten“.

Verwaltungsbüro für Dr. Siegler machte den Delegierten dabei den Mund wüstig, indem er ihnen vorrechnete, wieviel man an Renten einsparen könnte, wenn dieser Betriebsauftrag diejenigen Verlegerin bezeichnete, für die man schon vor der 3. Woche das Goldverschaffern übernehmen könnte. Den Betriebsaufträgen diente man dieses Goldverschaffern nicht überlassen und auch nicht den Krankenhausärzten. Die Berufsgenossenschaft habe ein ganz anderes Interesse, sie wolle die Verlegerin möglichst bald erwerbsfähig sehen, während die Krankenhausärzte die Verlegerin im niedrigsten oder chirurgischen Sinne *abholen* und machen wollen. Als ein Delegierter darauf hinwies, die Berufsgenossenschaft mit einem Beratenausschuß davon bestreite Erfahrungen gemacht habe, beruhigte der Vorsitzende sofort die Behauptung mit der Erklärung, man wolle keinen Beratenausschuß, sondern etwas ganz anderes. Im Grunde meinte er, man solle doch endlich die Ranglosigkeit vor der Deutlichkeit verlassen. Dr. Siegler ergriff darauf noch einmal das Wort, um den Provinzärzten eins anzuhaugen, deren Gutachten der Berufsgenossenschaft im Wege liegen. Die Gutachten dieser Landschaften, Felder und Wiesen-
ärzte, erklärte er, ergehen momentan unter Einschränkungen, und schloß sich Dr. Siegler einem Artikel des Oberärztes lädtürkischen Krankenhaus zu Annabach an, in dem den Arzten in kleineren Orten bei Erkrankung von Gutachten sinken.

die Objektivität abgesprochen wird. Die M. 5000 für den verkappten Vertrauenssatz wurden dann genehmigt. Ferner genehmigte man für das Jahr 1909 M. 20 000 für das „Amtsblatt“, den „Hochbau“, dessen einschlägende Wirkung auf die vorgelegte Bevölkerung von Vorstand Voigt so rühmend hervorgehoben worden war.

Bahren fand nun die Baugenossenschaft einen Vertrauenssatz zulegte, ist es nicht uninteressant zu erfahren, was dieser „Hochbau“ zur Frage der Gemeinschaftsbürokratie sagt. Durch die Aufführung von Gewerkschaftsdebatte, meint das Blatt, würden sich Rentenfonds und Dauerlautenwesen, die unfehligen Begleitererscheinungen unserer sozialen Fürsorge, ins Ungemachne steigern. Die Aufführung von Gewerkschaftsdebatte würde nicht nur der demoralisierenden Rentenfonds noch weiteren Vorstoß leisten, sondern zugleich unter dem Deckmantel sozialer Fürsorglichkeit die Maßnahmen der sozialdemokratischen Gewerkschaften unterdrücklich stellen.

Schließlich nahm die Delegiertenversammlung zwei Protestresolutionen an; eine richtet sich dagegen, dass bei Änderung der Arbeiterversicherungsgesetze den Berufsgenossenschaften das Recht der Rentenfestlegung und damit das Selbstverwaltungrecht genommen werden soll. Die zweite Resolution protestiert gegen die angeblich ungerechte Behandlung der Genossenschaft im bayerischen Landtag und gegen den Vertreter des Landesversicherungsamtes, der den Ausführungen der Abgeordneten nicht entgegengetreten sei, sondern sich ihnen sogar zum Teil angeschlossen habe. Da aber die Herren von dem, was im Landtag getagt wurde, nichts als ungünstig erweisen konnten, so es nicht einmal der Mühe Wert fanden, mit einem Wort auf diese Ratsen einzugehen, richten sie sich in den Augen selbst Denkender von selber.

Aus anderen Berufen.

Schiedspruch für die Bauhüttsarbeiter in Stettin. Zwischen den Bauhüttsarbeitern und den Unternehmern ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, wobei jedoch strikt blieb, ob der für das Jahr 1908/09 von bis zu 82 auf 87 g erhöhte Mindeststundentlohn für das Jahr 1909/10 auf die Höhe bleiben sollte, wie die Unternehmer verlangten, oder auf 40 g erhöht werden sollte, wie die Arbeiter forderten. Da ein Vergleich nicht zu Stande kam, die Parteien sich jedoch einem Schiedspruch zu unterwerfen beschließen, fällte das Schiedsgericht folgenden Schiedspruch: „Das Schiedsgericht ist darüber einig geworden, dass den Arbeitnehmern eine gewisse Erhöhung des Lohnes für das Jahr 1909/10 zugestellt sei, das aber mit Rücksicht auf die schlechte Lage des Baugewerbes und auf das von den Arbeitgebern durch Erhöhung des Sakes von 82 auf 87 g bereits bewiesene Entgegenkommen die volle Forderung der Arbeitnehmer nicht erfüllt werden könne. Die Weisheit des Schiedsgerichts habe sich für 88 g entschieden, weil es ungewiss sei, ob sich die Lage des Gebäudemarktes und des Baugewerbes nach dem 1. April 1909 geändert haben werde... Bei günstigerer Gestaltung erwarte das Schiedsgericht von den Arbeitgebern und habe zu können das Vertrauen, dass sie freiwillig diesem Umstande Rechnung tragen und eventuell eine weitere Erhöhung eintreten lassen würden.“

Polizei und Gerichte.

Zur Rechtsprechung nach dem neuen Vereinsgesetz. In Neustadt (Obersch.), hatte eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer tagt, in der Kollege Baude-Kallmuk über den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation geredet und die Anwesenden aufgefordert hatte, sich ihren Berufsverbänden anzuschließen. Diese Versammlung war nicht angemeldet worden. Aus diesem Grund erhielt der Einberuber, Genosse Neder, einen Strafbefehl, gegen den er beim Schöffengericht Einspruch erhob. Das Schöffengericht aber bestätigte den Polizeiauftrag. Nun wandte sich R. an die nächsthöhere Instanz, aber auch das Landgericht erkannte auf Verwerfung der Berufung. In dem Bericht über die Verhandlung heißt es, dass der Gauleiter Baude als Zeuge befand, die Versammlung habe keinen politischen Charakter getragen. Er habe den Anwesenden nur empfohlen, sich dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anzuschließen und habe dabei die Einrichtungen dieser Organisation erörtert. Der Staatsanwalt führte jedoch aus, dass die Zwecke der fraglichen Organisation politische seien; denn es wäre gerichtsfundig, dass diese im sozialdemokratischen Fabrikkeller regie. Wenn darüber irgendwelche Zweifel obwaltet, deute ich die Beratung der Sache und Einholung einer Auskunft von Berlin über die politische Bugehörigkeit der Organisation. Der Gerichtshof erkannte indessen auf Grund der Betriebsaufnahme auf Verwerfung der Berufung.

Benn dieser Bericht den Sachen entspricht — wir entnehmen ihn der „Sächsischen Zeitung“ —, dann haben Staatsanwalt und Gericht einen ganz unglaublichen Vangel an Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen gefunden. Nach dem Reichsvereinseit, § 6 Abs. 3, bedarf es der Anmeldung nicht für Versammlungen Gewerbetreibender, gewerblicher Gesellen, Gesellen, Fabrikarbeiter usw. zum Beweise der Erlangung günstiger Lohns und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter. Das ist so klar, wie nur etwas sein kann; denn die Maurer von Neustadt versammelten sich ebenfalls „zum Beweise der Erlangung günstiger Lohns und Arbeitsbedingungen“, und zwar mittels Benutzung des im § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrechtes. Wenn das dem Staatsanwalt und dem Gericht als eine politische Versammlung erscheint, so haben sie zweifellos nicht beachtet, was der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg in der Kommission erklärte: „Die im § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Angelegenheiten sind bei richtiger Auslegung des Gesetzes überhaupt nicht politischer Natur.“ Es ist hoffentlich Revision angemeldet worden, so dass noch Gelegenheit ist, den geschilderten Irrtum der obersächsischen Gerichte richtig zu stellen.

Erfolgreiche Berufung hatte der Kollege Klein in Dortmund gegen ein Urteil des dortigen Schöffengerichts eingelebt, das ihn auf 14 Tage ins Gefängnis schicken wollte, weil M. den arbeitswilligen Maurer Präsident bedroht haben sollte. Der einzige Belastungsbeweis

war eben dieser R. Von den anderen Zeugen, die das Schöffengericht wegen Verdachts der Mittäterschaft abgelehnt hatte, wurde der in Rede stehende Vorfall als ganz harmlos erwiesen, worauf Kollege Klein freigesprochen wurde.

Eingegangene Schriften.

Volkswirtschaftliche Grundbegriffe mit besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Grundlehren von Karl Marx. Als Leistung für Unterrichtszweck von Dr. Hermann Dunder. Verlag von J. G. C. Stuttgart. 60 Seiten. Preis gut gebettet 40.-

In Strom der Zeit, Gedichte von Ernst Prezgang. Herausgabe von F. H. W. Dies Nach. in Stuttgart. 188 Seiten. Preis gut gebettet 1.50, elegant gebunden 2.20.

Der in weiten Parallelen bekannte Genosse Prezgang gibt unter obigem Titel zum ersten Male eine Sammlung Gedichte heraus. Wir möchten das Buch, als eine genügendre Kette allen empfehlen, die nach den harten Kämpfen des Tages noch eine Stunde finden, mit unserem Poeten zu gehen. Sie werden ersichtlich das Tagesswerk wieder aufnehmen.

Schülers Verteidigung und die Aufschlüsselungsschrift der preußischen Regierung. Buchverlag der „Hilfe“. Berlin-Schöneberg. 144 Seiten. Preis 1.80.

Der unterschiedene Bürgermeister von Husum verteidigt sich nicht schlecht gegen die in ihren unheiligen Geschäft verlegte preußische Bureaucratie. Die Schrift ist ein neues Schlaglicht auf die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens.

Briefkasten.

* Die Nr. 47 des „Grandstein“ muss des Vortages wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bzw. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzusenden, dass sie spätestens am Montag mittag in unsere Hände gelangen.

G. B. in G. Wir fühlen keinen Beruf, über Brüderlein zu berichten. Wenn der geschworene Fall von Interesse ist, warten wir doch damit bis zur gerichtlichen Entscheidung.

A. H. 81. Kassierer Heinrich Meiner, Altona, Gerichtsstraße 40, 4. Et.

Prieskau. Wir haben das schon so oft an diese Stelle gestellt, dass wir uns auf Verhandlungsergebnisse für längere Zeit im voraus nicht einlassen können. Wenn jeder Zweigverein ein solches Verlangen stellt wie Prieskau, so hätten zwei Nebenkämmer allein mit dem Verhandlungskalender zu tun. Darum also schulen wir jeden derartigen Aufruf ab und bleiben dabei, dass die Angenommene für jede einzelne Verhandlung einzeln werden müssen.

Hirschberg, W. M. Die Leistung eines Offenbarungsbüros hat nicht zur Folge, dass man dadurch von seinen Schulden befreit wird. Erwirkt jemand nach der Leistung des Offenbarungsbüros Vermögen, so kann er zu jeder Zeit von neuem zur Bezahlung seiner Schulden von seinen Gläubigern angenommen werden.

Zaderitz. Das ist allerdings sehr viel Geld; aber wenn die Gemeinde keine Taxe die Frau aufgezehlt hat, so ist nichts dagegen zu tun.

W. F. K. Sind Beitragssmarcen in verschiedener Preisschicht gefordert, dann ist der wöchentliche Unterhaltungssatz nach dem durchschnittlichen Wert der in den letzten drei Jahren gelebten Beitragssmarcen zu berechnen. Arbeitslosenmarken werden hierbei als voller Beitrag angerechnet.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Zahlstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Nordenham. Der Kassierer Franz Metzler, wohnt Beckerstr. 23. [so 4.]

Der Kollege E. Schulz, der in Wandelsbüttel am Bauhof gearbeitet hat, wird erachtet, seine Adresse dem Zweigverein Hamburg mitzutragen, damit ihm sein rückständiger Lohn zugesandt werden kann. [M. 1.20]

Wilhelm Gartz, Verb.-Nr. 448 597, wird erachtet, seine Adresse an seine Eltern oder an den Zweigverein Bois gelangen zu lassen. [90.-]

Wilhelm Buschart aus Baden-Baden (Vichtthal), Verb.-Nr. 310 435, wird dringend um seine Adresse gebeten. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, bitte ich um Nachricht. [M. 1.50]

Johann Gerdtz, geboren zu Bremerbörde, wird gebeten, seinen Eltern seine Adresse zu lassen. [160.-]

Heinrich Lütken, der im Jahre 1901 in Kettwig an der Ruhr arbeitete, wird in seinem eigenen Interesse um Angabe seiner Adresse gebeten. [M. 1.20]

Franz Noriska, Maurer, Kettwig a. d. R., Gutfeldstr. 7.

Hinrich Häger, gebürtig aus Bremen, wird von seinen Eltern gebeten, ihnen seinen Aufenthaltsort mitzuteilen: Alle, die diese Zeilen lesen und ihn kennen, mögen ihn darauf aufmerksam machen oder sonst seiner Eltern Nachricht senden. [M. 1.50]

Friedrich Koch, geb. 8. August 1881 zu Leichhütte b. Gitterse, wird erachtet, seine Adresse an Bm. Louise Koch in Bremen b. Celleburg gelangen zu lassen. Es handelt sich um Erbbausangelegenheit. [M. 1.50]

Arbeitsverein Göttingen.

Sterbetafel.

Dresden. Am 16. Oktober starb unser Verbandsmitglied, der Kollege **Louis Görner** aus Blaiberg b. Pulsnitz im Alter von 44 Jahren an Gehirnkrampf. — Am 23. Oktober starb der Kollege **Hermann Gretschel** aus Sonnenberg im Alter von 41 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 29. Oktober starb der Kollege **August Lehner** aus Oberwürschnitz im Alter von 40 Jahren an Rippenfellentzündung und Lungenerkrankung. — Am 31. Oktober starb der Kollege **Heinrich Zuschke** aus Steinbach bei Moritzburg im Alter von 53 Jahren an Grippe und Bauchmuskeldrehung.

Dresden. Am 2. November starb nach langer Krankheit unser Mitglied **Wilhelm Bensch** aus Brand im Alter von 39 Jahren an Lungenerkrankung.

Gera. Am 3. November starb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Josef Ullitzka** an der Prostaterkrankung.

Balle a. d. S. Am 30. Oktober ist unser Verbandskollege **Paul Deetz** im Alter von 34 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden.

Karlsruhe. März. Am 5. November starb unser langjähriges Mitglied **Bernhard Fitterer** im Alter von 35 Jahren an Krebsleid.

Baun. Am 7. November starb unser langjähriges Mitglied **Georg Brehm** im Alter von 35 Jahren an der Prostaterkrankung.

Müllengrund. Am 27. Oktober starb nach langer Krankheit unser Mitglied **Heinrich Arzig** aus Thüringen im Alter von 55 Jahren.

Raumburg a. d. S. Am 7. November starb infolge eines Unfalls unser treuer Kollege **Max Panse** im Alter von 25 Jahren.

Rathenow. Am 29. Oktober starb unser Verbandskollege **Wilm. Hagedorn** aus Hohen Neuendorf im Alter von 60 Jahren an Leberleiden.

Salswedo. Am 8. November fand unser Kollege **Gustav Schierkorn** im Alter von 27 Jahren durch einen Unfall bei der Arbeit seinen Tod.

Schwedt. Am 4. November starb unser Mitglied **Gustav Ramm** im Alter von 29 Jahren an Lungenkrankheit.

Swinemünde. Am 4. November starb unser Kollege **Ang. Schütt** infolge eines Unfalls im Alter von 64 Jahren.

Wilhelmsbaden. Am 6. November starb plötzlich und unerwartet unser Kollege **Joh. Assing** im Alter von 42 Jahren. Der Verstorben war Mitglied seit 18 Jahren des Centralverbandes.

Wittstock. Am 2. November verschied plötzlich unser Verbandskollege **August Meyer** im Alter von 27 Jahren an Herzschlag. In dem Verstorbenen verlor ein Zweigverein einen treuen Mitarbeiter und Berater als Vorstandsvorsitzender.

Würzburg. Am 1. November starb unser Kollege **Franz Bentker** im Alter von 56 Jahren an Hirngeschwulst.

Wurzen. Am 6. November starb unser Verbandskollege **Heinrich Kühne** im Alter von 54 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntag, den 15. November.

Berzig, Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal.

Berlin, Bezirk Spandau. Vorm. 10 Uhr bei Reichsamt, Reichsstr. 8.

Driesen, Nachm. 2 Uhr im Lokal des Herrn Paul Junge, Brückenstrasse.

Delitzsch, Nachm. 5 Uhr im „Altenhof“.

Fürstenwalde, Nachm. 10 Uhr in der „Philharmonie“. Wichtige Tagesordnung!

Oranienburg, Nachm. 2 Uhr bei Schumann, Schönstr. 34.

Schwerin, Nachm. 8 Uhr im Schlossberghaus.

Werder a. d. H., Sonnabend.

Diensdag, den 17. November.

Altenburg, Nachm. 6½ Uhr im „Athen“.

Berlin, Bezirk Spandau. Abends 8 Uhr bei Maas, Gregoriusstr. 10.

Liegnitz, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 18. November.

Hemmoor, Nachm. 3 Uhr. Tagesordnung wichtig. Referent anwesend.

Donnerstag, den 19. November.

Stargard i. Pom., Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Wilm. Günther, Gerickeplatz 2. Mitgliedsbeiträge sind mitzubringen.

Grüneberg, I. Schl., Nachm. 5 Uhr in Adams' Lokal, T.-D.: Verbandsversammlung

Freitag, den 20. November.

Berlin, (Wadgassenmauer.) Abends 8 Uhr bei Doerfer, Weberstr. 17.

Sonnabend, den 21. November.

Aken, Abends 8½ Uhr.

Sonntag, den 22. November.

Lübbenwalde, Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Carl Schatz, Berlinerstr. 34. T.-D.: Wahl des gesamten Vorstandes.

Wolgast, Nachm. 3 Uhr. T.-D.: Stellung zum neuen Tarif.

Würzburg, Nachm. 3 Uhr im „Ochsen“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.